

Substanzielles Protokoll 199. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 18. April 2018, 17.00 Uhr bis 20.06 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Dr. Peter Küng (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Doris Schibli

Anwesend: 123 Mitglieder

Abwesend: Alexander Brunner (FDP), Kurt Hüsey (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. 2018/133 * Weisung vom 04.04.2018: VIB
Motion von Hans Jörg Käppeli und Thomas Wyss betreffend Erarbeitung eines Konzeptentscheids für eine Tramlinie nach Affoltern unter hälftiger Beteiligung des ZVV, Bericht und Abschreibung
3. 2018/134 * VTE
E Postulat von Marcel Savarioud (SP) und Dorothea Frei (SP) vom 04.04.2018:
Ersatz der Kehrichtabfuhrlastwagen durch Elektrofahrzeuge
4. 2018/135 * VTE
E Postulat von Markus Kunz (Grüne), Helen Glaser (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 04.04.2018:
Anschluss von möglichst vielen Gebäuden in den künftigen Fernwärmegebieten
5. 2018/136 * VTE
E Postulat von Markus Kunz (Grüne), Helen Glaser (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 04.04.2018:
Abdeckung der Spitzenlast der Fernwärmeversorgung ohne fossile Energieträger
6. 2018/137 * VTE
E Postulat von Markus Kunz (Grüne), Guido Hüni (GLP) und 3 Mitunterzeichnenden vom 04.04.2018:
Multifunktionale Auslegung des Fernwärmenetzes im Zusammenhang mit der Planung und Projektierung der Fernwärmeverbindungsleitung
7. 2018/139 Amt für Städtebau, Teilrevision der Bau- und Zonenordnung, Festsetzung, Entscheid des Baurekursgerichts des Kantons Zürich, Verzicht auf eine Beschwerde an das Verwaltungsgericht des Kantons Zürich

9. 2017/45 Interpellation der SP-Fraktion vom 08.03.2017: STP
Charta zur Lohngleichheit im öffentlichen Sektor, Zweck der Charta und Umsetzung der Ziele in der Stadt sowie Schwerpunkte und Massnahmen nach 2018
10. 2017/54 Interpellation von Helen Glaser (SP) vom 15.03.2017: STP
Weihnachtsmarkt auf dem Münsterhof, Grösse, Nutzungsdauer und Öffnungszeiten des geplanten Markts sowie Überlegungen zur möglichen Konkurrenzsituation zu den übrigen Weihnachtsmärkten und den Quartiergeschäften
11. 2017/77 A/P Motion der SP-, Grüne-, GLP- und CVP-Fraktion vom STP
29.03.2017:
Einführung einer AusländerInnen-Initiative als Instrument für die Mitwirkung von Ausländerinnen und Ausländern mit einer Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3964. **2018/156** **Erklärung der SVP-Fraktion vom 18.04.2018:** **Bodycams bei der Stadtpolizei**

Namens der SVP-Fraktion verliest Roger Bartholdi (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Der steinige Weg der erfolgreichen Bodycams

Die SVP hatte bereits 2011 in einem Postulat gefordert, dass Polizistinnen und Polizisten in einem Pilotversuch mit Kameras ausgerüstet werden sollen. Mit dem städtischen Datenschutzbeauftragten wäre unter Einhaltung der Datenschutzverordnung (DSV) eine entsprechende Grundlage erstellt worden. An der 100. Ratssitzung vom 16. Dezember 2011 wurde dieser Vorstoss mit 25 zu 96 Stimmen noch abgelehnt.

Mit Genugtuung nahm die SVP zur Kenntnis, dass die Stadtpolizei für 2017 einen Pilotversuch mit Bodycams machte und das Postulat der SVP mit einer Verzögerung umsetzen will. Jedoch wollte eine Minderheit der linken Ratsseite den Versuch mit einer Streichung von 9'000 CHF im Budget 2017 verhindern. Der Rat bewilligte mit 65 gegen 55 Stimmen die Beschaffung von Bodycams am 16. Dezember 2016. Ein Vorstoss der SP, welcher den Abbruch des Projektes forderte, wurde am 5. April 2017 zurückgezogen.

Am Freitag, 13. April 2018, orientierte das Sicherdepartement die Öffentlichkeit über die Erfahrungen mit den Bodycams. Was wurde festgestellt? Die Bodycams eignen sich als Beweismittel bei Delikten und Straftaten. Mit Bild- und Tonaufnahmen kann die Täterschaft ermittelt werden, Straftatbestände eruiert und der Täterschaft zugeordnet werden. Bodycams haben aber auch eine präventive und nachgewiesen deeskalierende Wirkung. Diese Kameras verhindern nicht nur Straftaten, sondern schützen die Polizistinnen und Polizisten vor Übergriffen und Gewalt. Hochgerechnet können so jährlich rund 50 Angriffe auf die Polizei dank der Bodycams verhindert werden, wie das Fazit der wissenschaftlichen Studie, die den Pilotversuch intensiv begleitete, zeigt.

Es braucht gleich lange Spiesse zwischen den Polizistinnen/Polizisten und Zivilpersonen. Während heutzutage die Bevölkerung de facto jederzeit in der Lage ist, mit mobilen Geräten zu filmen, hatte die Polizei nur

sehr eingeschränkt diese Möglichkeit zur Verfügung und war deshalb in der Praxis oft auf Aufnahmen von Drittpersonen angewiesen.

Die SVP ist bei der staatlichen Überwachung der Bürgerinnen und Bürger kritisch und deshalb soll nicht jede Polizistin oder jeder Polizist jederzeit Aufnahmen machen dürfen. Es soll primär dort gefilmt werden, wo eine Situation eskaliert oder Gesetzesverstösse beobachtet werden, wie beispielsweise Drohung gegenüber dem Personal, Sachbeschädigungen oder Gewalt gegen Dritte. Deshalb sind auch Aufnahmen im unfriedlichen Ordnungsdienst äusserst wertvoll, wie erst kürzlich die Aufnahmen bei einer Schlägerei zwischen Hooligans zeigten.

Die rechtlichen Grundlagen für die Weiterführung des erfolgreichen Versuchs mit Bodycams muss nun erarbeitet und sichergestellt werden. Die SVP wird dieses Bestreben unterstützen.

3965. 2018/144

Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 11.04.2018:

Integrale Planung zur Entwicklung eines hochwertigen, grosszügigen und zusammenhängenden städtischen Raums für die Gloriosastrasse und die angrenzenden Vorbereiche der Neubauprojekte

Markus Knauss (Grüne) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese:

Bei der Motion geht es um eine integrale Planung der Gloriosastrasse. Von allen Seiten herrscht grosser zeitlicher Druck auf die Planung. Wir möchten, dass sich die Stadt möglichst früh über diesen zentralen städtischen Raum – die Gloriosastrasse ist die zentrale Erschliessungssachse des Hochschulquartiers – äussern kann.

Der Rat wird über den Antrag am 23. Mai 2018 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

3966. 2018/164

Stadtrat Andres Türler; Rücktritt

Der Ratspräsident verabschiedet den Stadtrat Andres Türler und würdigt seine Amtstätigkeit:

Ratspräsident Dr. Peter Küng: *Heute hat Stadtrat Andres Türler seine letzte Sitzung im Zürcher Gemeinderat. Fast 16 Jahre nach seiner ersten Stadtratssitzung. Damals, im Mai 2002, ist Andres Türler im zweiten Wahlgang gewählt worden.*

Dass er aber auch am anderen Ende in der Liste der Gewählten stehen kann, on the top, hat er dann 2014 bei seinen letzten Wahlen gezeigt, als er mit dem besten Ergebnis aller Stadträtinnen und Stadträte gewählt wurde.

Es wäre nicht Stadtrat Türlers Art gewesen, das gross in den Vordergrund zu stellen; aber es wäre auch nicht Stadtrat Türlers Art gewesen, so wie ich ihn zumindest kenne, ganz auf einen Spruch zu verzichten. So ist überliefert, dass er nach der Wahl der Stadtpräsidentin als bestgewählte Stadträtin bei diesen Wahlen, der Frischgewählten mit den Worten gratuliert hat: Willkommen im Club der Exklusiven.

Humor ist eine Eigenschaft, die wohl mancher und manche mit Andres Türler verbinden. Auch pflegte, wenn ich richtig unterrichtet bin, Andres Türler Menschen hin und wieder in zwei Kategorien einzuteilen, die humorvollen und die humorbefreiten. Bei einem Anlass hörte ich ihn am Apéro auch mal sagen: «Gibt es Tischkärtchen oder kann man neben den Lustigen sitzen?»

Natürlich hatte Stadtrat Andres Türler mehr zu bieten als Humor. Aber Fleiss und Dossierkenntnis, Hartnäckigkeit und Leidenschaft für die Sache und Humor – das schliesst sich ja nicht aus. Andres Türler setzte sich für viele für Zürich wichtige Anliegen ein und konnte so auch viel bewirken.

Da wären als Meilensteine und aktuelle Beispiele sicher die neuen Tramlinien Zürich-West und Hardbrücke zu nennen. Vor allem das Tram Zürich-West brauchte viel Überzeugungsarbeit, es traf auf starke Opposition von verschiedener Seite und Stadtrat Andres Türler hat sich hierfür unbeirrt eingesetzt.

Auch die Ökologisierung des ewz und die Einführung des Effizienzbonus für Firmen sind wichtige Verdienste Stadtrat Türlers. Hier war Überzeugungsarbeit nötig, nicht nur in der Politik, sondern auch im Departement. Der Bund hat sich hier von Zürich inspirieren lassen. Das war nicht das erste Mal und ich erlaube mir zu sagen, hoffentlich auch nicht das letzte Mal, dass sich der Bund von Zürich inspirieren liess.

Natürlich sind das nicht alle Verdienste. Sein Einsatz für die 2000-Watt-Gesellschaft, in der wichtigen Anfangsphase gemeinsam mit Robert Neukomm und später dann mit Claudia Nielsen ist sicherlich ebenso wichtig. – Dann die Tatsache, dass das ewz an der Spitze des nationalen Benchmarkings Energieeffizienz und erneuerbare Energien steht, machte sich auch nicht von alleine.

Diese und andere Leistungen wurden natürlich auch vom Gesamtstadtrat mitgetragen und mitunterstützt. Andres Türler war 16 Jahre lang parteipolitisch in der Minderheit im Stadtrat. So wie ihn der Gesamtstadtrat in seinen Projekten hier im Gemeinderat und andernorts unterstützt hat, so galt aber auch das Gegenrecht. Ihm ist das Kollegialitätsprinzip wichtig ist und er hat dieses auch hier im Gemeinderat stets unmissverständlich vertreten.

Manches kam auch anders, als Andres Türler es wollte. Wie sollte das in vier Legislaturen auch anders sein. Sicher hätte er gerne schneller die neuen Trams auf den Zürcher Strassen gesehen. Dass er für das ewz andere Pläne hatte als der Gemeinderat, ist kein Geheimnis.

16 Jahre war Andres Türler Stadtrat im selben Departement. Sein Anfang war, soweit ich unterrichtet bin, ein ziemlicher Neustart für ihn. Als er sich seinen neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorstellte, sagte er, dass er sich zuvor mit diesem Departement nicht befasst hatte, sich aber trotzdem freue. Auch im Departement kannte man Stadtrat Andres Türler nicht.

Dadurch, dass er gut zuhören kann, was ihm seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter attestieren, und dass er auch viel wissen wollte, war er aber dann rasch in seiner Materie zuhause.

Stadtrat Andres Türler war es wichtig, dass Mitarbeitende sich einbringen können mit ihrer Kompetenz und umgekehrt ist ihm Transparenz gegenüber den Mitarbeitenden wichtig. «Probleme nicht beschreiben, sondern Lösungen vorschlagen», hörte man von ihm manchmal. Das Führungshandwerk verriet allenfalls auch den ehemaligen Oberst im Generalstab, z. B., wenn er bei der Lösung eines Problems immer schon die nächste Geländekammer im Visier hatte. Auch ein ausgezeichnete Krisenmanager sei er, wenn denn mal eine schwierige Situation ist; jemand der Ruhe bewahrt hat und überlegen reagieren kann.

Dass sich, wenn Ruhe weniger notwendig ist, Stadtrat Türler auch durchaus mal aufregen kann, wissen auch die Parlamentsmitglieder. Meist sublimiert er dann seinen gerechten Zorn in trübe Sprüche. Wenn der rostige Paragraf zitiert wurde, wusste man, dass man vielleicht anders an die Sache oder an Herrn Türler hätte herangehen können. Wenn er im Rat sagte: «Damit Sie es verstehen noch einmal langsam zum Mitschreiben», war klar, was er vom Votum hielt, worauf er sich bezog.

Aber ich habe den Eindruck, ungern war Stadtrat Andres Türler nicht hier bei uns im Gemeinderat. Dass er aus seinem Herzen keine Mördergrube machte, half sicher dabei. Manchmal waren seine Unmutsbekundungen auch keine verbalisierten Sprüche, sondern eher gut vernehmliches Räuspern.

Aus der FDP-Fraktion hört man, dass er auch ihr gegenüber stets loyal war. Auch wenn es – den verschiedenen Rollen entsprechend – nicht immer einfach war. Stadtrat

Andres Türlers magistrales Räuspern aber verriet der Fraktion hin und wieder, dass er anderer Ansicht war. Sie alle kennen dieses Räuspern, das eine leichte Tendenz zum Knurren haben konnte – und nicht nur für die FDP-Fraktion bestimmt sein musste.

Wenn mein Läuten nichts nutzte, wenn ich hier mehr Ruhe haben wollte, dann nutzte meistens Stadtrat Andres Türlers «schschsch». Das wird hier im Rat fehlen, genauso wie die altzürichdeutsche Ausdrucksweise. Wer sagt denn künftighin noch «Ich woische Ihne»?

Als Gemeinderat habe ich die Zusammenarbeit mit Stadtrat Andres Türlers sehr geschätzt, zwei Jahre war ich GPK-Referent für das Departement der Industriellen Betriebe (DIB). Für mich war die Thematik damals vollständig fremd und ich habe es sehr geschätzt, wie sehr er an einer guten Zusammenarbeit interessiert war. Als neuer Referent wurde ich zu einer regelrechten Führung durch das Departement eingeladen und lernte innert einiger Stunden so viel über ein Departement wie nie zuvor in so kurzer Zeit.

Geblichen ist mir auch Folgendes: Als ich mich im Rahmen des Geschäftsberichts im Namen des Gemeinderats für die wertvolle Arbeit der Mitarbeitenden im DIB bedankte, fragte mich Stadtrat Andres Türlers, ob er mein Votum haben dürfte. Es war ihm wichtig, dass seine Mitarbeitenden auch aus dem Gemeinderat den Dank für ihre Arbeit hörten.

Vor seiner Zeit als Stadtrat war Andres Türlers Gemeinderat, von 1994 bis 2002.

Vorstösse reichte er zu verschiedenen Themen ein, vor allem aber zu Polizei- und Verkehrsfragen. Zuvor war er 5 Jahre lang Präsident der FDP-Sektion 10. Aus FDP-Kreisen hört man, dass er auch in seiner Zeit als Sektionspräsident und Stadtparteipräsident (letzteres von 1999 bis zu seiner Wahl als Stadtrat) Gremien und Arbeitsgruppen gegründet hat, die teilweise heute noch erfolgreich bestehen. Von FDP-Frauenseite hört man, dass Andres Türlers auch ein Förderer von Frauen in der Politik ist, der viele Frauen in ihrem Weg in die Politik unterstützt hat.

In diesen Monaten sind es 24 Jahre, in denen Andres Türlers hier Mittwoch für Mittwoch präsent war. Vor allem aber hat er in 24 Jahren viel für unsere Stadt gearbeitet zuerst als Gemeinderat, dann 16 Jahre als leidenschaftlicher und engagierter Vorsteher seines Departements. Für diesen riesigen Einsatz spreche ich Ihnen im Namen des ganzen Gemeinderats einen grossen Dank aus. Ich wünsche Ihnen für Ihre Zukunft alles Gute!

STR Andres Türlers: *Ich bedanke mich herzlich für diese wertschätzenden Worte. Man sagt, früher sei alles besser gewesen. In meiner Situation trifft dies nicht ganz zu. Als ich 1994 gewählt wurde, war das Zürcher Stadtbild von armen, alten und ausgesteuerten Personen geprägt. Auch wegen der Drogenszene befand sich Zürich weltweit in den Schlagzeilen. Der Kantonsrat drohte, die Stadt unter Kuratel zu stellen, falls sie ihre Finanzen weiterhin nicht im Griff haben sollte. Heute ist dies alles besser als vor 24 Jahren. Gemeinsam haben wir diesen Fortschritt erarbeitet. Dieser Zustand ist jedoch nie garantiert und deshalb ist der Stadt Sorge zu tragen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir alle demselben Volk dienen, da wir auch von demselben gewählt worden sind. Der Gemeinderat und der Stadtrat haben unterschiedliche Rollen, aber dasselbe Ziel. Ich bitte sie in diesem Zuge, wieder mehr darauf zu vertrauen, dass die Verwaltung gute Arbeit leistet. Konzentrieren Sie sich darauf, Aufträge zu geben und deren Umsetzung strategisch zu verfolgen. Ich möchte mich für die tolle Zusammenarbeit bedanken, «woische» Ihnen viel Erfolg und bitte Sie, der schönen Stadt Zürich Sorge zu tragen.*

3967. 2018/165

Stadtrat Gerold Lauber; Rücktritt

Der Ratspräsident verabschiedet den Stadtrat Gerold Lauber und würdigt sein Amtstätigkeit:

Ratspräsident Dr. Peter Küng: «Erster Schultag für Geri Lauber» war der Titel einer Meldung des Tages-Anzeigers vor 12 Jahren.

Jemand aus dem Departement berichtet hierzu: «Alle meinten es eigentlich gut, denn niemand kannte Geri Lauber als Person. So wurde er in Schwamendingen von einer Mercedes-Limousine abgeholt und ins damalige Amtshaus am Parkring gefahren. Dort warteten seine neuen Mitarbeitenden und standen Spalier. Sowohl die Staatskarosse als auch die Spalier stehenden Mitarbeitenden waren ihm offensichtlich unangenehm, denn all das stand in krassem Gegensatz zu der ihm eigenen Bescheidenheit.»

Beim Mittagessen nach der ersten Geschäftsleitungssitzung sei er dann aufgetaut und sein Humor, sein Schalk sei aufgeblitzt.

Bescheidenheit und Schalk – ich glaube, wir haben Stadtrat Gerold Lauber auch hier drin mit diesen beiden Eigenschaften kennen gelernt. Natürlich auch mit anderen, wie einer immer fundierten Dossierkenntnis und einer betont sachlichen und unpolemischen Argumentation.

Ich hatte das Vergnügen, drei Jahre GPK-Referent für das Schul- und Sportdepartement (SSD) zu sein. Das war mir einerseits denkbar fremd – der Sportteil – andererseits vertraut – der Schulteil. Für Stadtrat Gerold Lauber, so wie ich das sah, war beides eine Herzensangelegenheit. In diesen 12 Jahren hat er beide Ämter, Schulvorstand und Sportminister, nicht nur ausgeübt, sondern sie mit seiner ganzen Persönlichkeit gegen aussen glaubwürdig und engagiert vertreten.

Er wäre auch ohne dies ein glaubwürdiger Sportpolitiker gewesen, aber es gehört eben doch dazu: Stadtrat Gerold Lauber lernte – wenn ich richtig unterrichtet bin – noch im besten Erwachsenen-Alter schwimmen: Sportlich ist er aber auch zuvor gewesen und immer noch, sei es als Velofahrer, Wanderer oder Marathonläufer. An der Verleihung des Sportpreises der Stadt Zürich habe ich erfahren, dass er allerdings als Marathonläufer während seiner Stadtratszeit 15 min schlechter war als früher schon mal beim Zürich Marathon. Da liegt die Vermutung nahe, dass man als Stadtrat weniger Zeitreserven für Sport oder anderes hat. Jetzt erwarten wir dann natürlich mit Ihnen, Herr Lauber, im nächsten Jahr wieder eine bessere Zeit beim nächsten Marathon.

Auch an der Verleihung des Sportpreises habe ich vernommen, dass Stadtrat Gerold Lauber gerne durch die Berge rennt – Wind und Regen im Gesicht und wortwörtlich dazu meint: «Das entschädigt für vieles.» Da habe ich mich als Ratspräsident natürlich besorgt gefragt, wofür der Vorsteher des SSD denn solch kräftigen, ja fast schon martialischen Entschädigungen bedarf? Hoffentlich sind da wir Gemeinderätinnen und Gemeinderäte nicht schuld daran.

Stadtrat Gerold Lauber sei – das erstaunt nach diesen Schilderungen nicht – beharrlich und hart zu sich selber. Diese Eigenschaften verlangt er auch von seinen engsten Mitarbeitenden. Man höre ihn selbst nie klagen. Vor allem aber sei er ein sehr menschlicher und freundlicher Chef gewesen. Ich glaube auch das können wir uns hier drin gut vorstellen. Seine engsten Mitarbeitenden, so wurde mir mitgeteilt, schätzen ihn sehr und haben daher sehr gerne mit ihm zusammengearbeitet.

Aus der CVP-Fraktion ist zu hören, dass Gerold Lauber immer Teil der Fraktion war, aber das Verhältnis auch nicht immer ganz einfach gewesen sei. Er sei sehr stark ein Exekutivpolitiker und vertrete das Kollegialitätsprinzip durch und durch. Das kann für die Fraktion schwierig sein und das erleben andere Fraktionen mit anderen Exekutivmitgliedern auch – ist aber eben nicht zuletzt eine magistrale Qualität. Ein starker Exekutivpolitiker wie Gerold Lauber macht nicht einfach das, was die Fraktion

will und er sagt auch nicht immer das, was die Fraktion will.

Unvergessen ist mir die frische Wahlempfehlung für alle seine Stadtratskolleginnen und Stadtratskollegen geblieben, die vermutlich auch nicht den Weg durch parteipolitische Instanzen gegangen ist.

Besonders erwähnt wird mehrfach, dass Stadtrat Gerold Lauber auch ein guter und witziger Redner ist. Auch ich habe seine Reden immer genossen. Bei der einen oder anderen dachte ich mir: Wo führt das hin? Verliert er sich jetzt? Bis er auf ganz eigene Weise die Fäden zusammenführte. Seine Reden waren so ganz und gar nicht nach Schema 08/15 und ich hatte auch immer den Eindruck, dass er sie von A bis Z selber entworfen hat oder sonst hätte eine Redenschreiberin, ein Redenschreiber den Gerold-Lauber-Sound wirklich sehr gut treffen können.

Es hat sich immer gelohnt, diesen Reden zuzuhören. Ich mag mich an eine Rede im Muraltengut erinnern, wo ich dachte: Jetzt bin ich froh, muss ich keine Rede halten. Nach dieser Lauber'schen Rede und diesem Witz wäre meine sicher abgefallen. Zum Glück war es damals Bruno Amacker (SVP), der die Gegen-Rede hielt – und das mit seinem Witz und Charme ausgezeichnet gemacht hat.

Gerold Lauber war 1995–1999 Präsident der CVP 12 und 1994–2000 Mitglied der Kreisschulpflege 12. Im Jahr 2000 rutschte er in den Gemeinderat nach. Bereits zwei Jahre danach, 2002, wurde er Faktionspräsident der CVP/EVP-Fraktion und dann 2006 wurde Gerold Lauber zum Stadtrat gewählt. Damit war die CVP nach acht Jahren Absenz wieder im Stadtrat vertreten.

In seiner Amtszeit hat sich Gerold Lauber für verschiedene wichtige politische Ereignisse und Errungenschaften eingesetzt:

Als Sportminister ist hier sicher sein erfolgreicher Einsatz für die Leichtathletik EM 2014 zu nennen.

Für Wiedikon und weit darüber hinaus wichtig ist auch die Gesamterneuerung der Sportanlage Heuried mit Ersatzneubau der Kunsteisbahn, die vor einigen Monaten eröffnet wurde, und die Sanierung des Badebereichs, der in wenigen Wochen öffnen wird. Da warten schon tausende, wohl eher zehntausende, freudig darauf.

In der Schule ist sicher die erfolgreiche Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes zu nennen: Das klingt so wie ein Selbstläufer: Die Umsetzung eines Gesetzes. Aber es war wohl die umfangreichste und komplexeste Reform in der 175-jährigen Geschichte der Stadtzürcher Volksschulen. Das hat grosse Arbeit auf allen Ebenen verlangt, von vielen Menschen, aber eben auch eine gute und umsichtige Führung und Begleitung durch den Schulvorsteher.

Unter Stadtrat Gerold Lauber wurden auch die Tagesstrukturen und die Betreuungsangebote stark ausgebaut; abgebaut und zwar auf Null wurden die Wartelisten (jedes Kind resp. jede Familie mit Bedarf hat heute einen Betreuungsplatz).

Unter Stadtrat Gerold Lauber wurde auch das Konzept «Lebensraum Schule» umgesetzt: Betreuung und Unterricht sind unter einem Dach vereint; es gibt nur noch fliessende Grenzen zwischen Unterricht und Betreuung.

Dass nicht jede Reorganisation geklappt hat, wie Stadtrat Gerold Lauber das wollte, ist klar. Von der Schulbehördenreorganisation ist am Ende nicht so viel geblieben. Ich bin aber so frei zu behaupten: Wie die Behörde organisiert ist, ist nicht so entscheidend wie die Frage, wie die Schule organisiert ist. Und da ist unter der Führung von Stadtrat Gerold Lauber mit der Tagesschule 2025 ein wirklich grosser und wichtiger Wurf gelungen, respektive um es vorsichtiger auszudrücken: Diese Reorganisation der Schulen zu Tagesschulen ist sehr gut aufgegleist. Das ist etwas, was unsere Stadt und unser Leben mehr verändert und verändern wird als die allermeisten anderen politischen Entscheide in der letzten Zeit, für Familien, vor allem aber für die Kinder und Jugendlichen unserer Stadt. Eine grosse Mehrheit im Rat hier drin findet, dass dies eine Veränderung zum Guten ist.

An der Volksabstimmung im Juni wird über den Weiterausbau der Tagesschule 2025 abgestimmt. In einer zweiten Pilotphase sollen zu den bisherigen sechs Pilotschulen 24 weitere dazu kommen.

Mit Ihnen, Herr Lauber, verliert der Stadtrat ein Exekutivmitglied, das sich nicht in die Blöcke links oder rechts einspannen liess. Im Namen des Gemeinderats danke ich Ihnen für Ihren riesigen Einsatz für die Stadt Zürich, besonders für den unermüdlichen Einsatz in Ihrem Departement, und wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute!

STR Gerold Lauber: *Ich danke Ihnen für Ihre Wertschätzung. Als ich im Jahr 2000 erstmals die Gemeinderatssitzung erlebte, hatte ich das Gefühl, die Zeit stehe still und musste mich insbesondere daran gewöhnen, dass wir offenbar unbeschänkt Zeit haben. Des Weiteren erinnere ich mich an die Dringlichkeitserklärung eines Postulats zum Fluglärm über Schwamendingen. Als ich als einziger auf dieser Seite des Ratssaal mich erhob, führte dies zu ziemlichen Tumulten. In den 18 Jahren konnte ich wertvolle Erfahrungen sammeln. Sie waren unterhaltsam, lehrreich, manchmal auch ärgerlich, aber grundsätzlich immer positiv. Es war mir immer ein Anliegen, den Gemeinderat ernst zu nehmen. Ich habe einen hohen Respekt für den Rat als Institution und seine Mitglieder. Ich hatte stets den Eindruck, dass die Anliegen des Schul- und Sportdepartements sowie meine persönlichen fair und wohlwollend behandelt worden sind. Ein besonderer Dank geht daher an die SK PRD/SSD, die über Jahre hinweg die Geschäfte mit hoher sachlicher Kompetenz und Engagement behandelt hat. Ein Beispiel ist das Projekt Tagesschule 2025, bei dem die Kommission in der Schlussdebatte im Gemeinderat die Kurve gerade noch gekriegt hat. Ich bin also zuversichtlich für die Volksabstimmung vom 10. Juni 2018. Ich möchte einen Wunsch an den neu zusammengesetzten Gemeinderat tragen: Es wäre toll, wenn man ab und an überrascht würde, wenn es Koalitionen gäbe, die konstruktiv zusammenarbeiten. Dies würde verhindern, dass wir heute schon die Antworten auf alle potenziellen Fragestellungen kennen und wissen, wie dereinst entschieden wird. Dies wäre mein letzter Wunsch an Sie, da ich vorerst nicht vorhabe wieder auf die politische Bühne zu treten. Ich wünsche Ihnen viel Spass beim Legiferieren und wünsche Ihnen alles Gute.*

**3968. 2018/166
Stadträtin Claudia Nielsen; Rücktritt**

Der Ratspräsident verabschiedet die Stadträtin Claudia Nielsen und würdigt ihre Amtstätigkeit:

Ratspräsident Dr. Peter Küng: *«Da kam mir jemand mit federndem Schritt und einem Lachen im Gesicht im Gang entgegen – die neue Stadträtin». So schildert eine Mitarbeiterin aus dem Departement den ersten Eindruck von Stadträtin Claudia Nielsen. Federnder, dynamischer Schritt und ein Lachen im Gesicht – Das Bild kommt mir bekannt vor. Wenn ich an Claudia Nielsen als Fraktionskollegin und als Stadträtin denke, so deckt sich das mit Vorstellungen, die Mitarbeitende und Mitstreitende von ihr haben. Es fallen Stichworte wie dynamisch, energisch, anpackend und ausdauernd. Dass ihre Lieblingswanderungen eher länger als 6 Stunden dauern sollen als kürzer, das kann ich mir gut vorstellen.*

Dieselbe Mitarbeitende, die ich zitiert habe, sagt aus heutiger Sicht auch Jahre danach: «So streitbar sie manchmal auftreten mag, so herzlich und humorvoll kann sie sein und ist sie gerne – immer wieder».

Man hört: Stadträtin Claudia Nielsen ist aber nicht nur eine herzliche, sondern auch eine fordernde Chefin. Sie verlangte nicht nur von sich selbst viel, sondern als Chefin auch viel von ihren Mitarbeitenden. Wie sie selbst sagt, kann sie viel austeilen, aber auch viel

einstecken. Sie ist überzeugt, dass es sich immer wieder lohnt, für eine gute Sache zu kämpfen.

Ihr wird auch ein Hang zum Perfektionismus nachgesagt. Perfektionismus kann manchen und manche hin und wieder nerven, kann auch tatsächlich übers Ziel hinausschiessen, ist aber meines Erachtens auch eine magistrale Kardinaltugend, wenn ich dies aus der legislativen Warte so festhalten darf.

Zusammen mit ihren Mitarbeitenden hat es Stadträtin Claudia Nielsen geschafft, die vielfältigen und qualitativ hochstehenden Angebote des Gesundheits- und Umweltdepartements (GUD) für alle Menschen, unabhängig von ihren sozialen Verhältnissen, zugänglich zu halten.

Aber nicht nur als Chefin, sondern auch als Politikerin ist sie eine engagierte und pointierte, auch streitbare Person – und so stand sie von Anfang an unter scharfer Beobachtung durch den politischen Gegner und die politische Gegnerin. Dass es von ihr heisst, dass sie Herausforderungen nicht aus dem Weg geht, sondern diese frontal anpackt, hat sicher auch hierzu beigetragen.

Sie hat, zum Teil in Kooperation mit einer breiten Mehrheit, zum Teil auch gegen erheblichen politischen Widerstand, vieles erreichen können. Stadträtin Claudia Nielsen hat sich für eine optimale Gesundheitsversorgung und für eine gute Unterstützung im Alter stark gemacht. Beeindruckt hat mich aus meiner Sicht als Fraktionskollege vor allem ihren unermüdlichen Einsatz, ihr Engagement und ihren Kampf für ältere Menschen, für jene vor allem, die nicht dem gängigen Bild der reichen Pensionärinnen und Pensionäre entsprachen.

Dass nicht alles nur so lief, wie sich Stadträtin Claudia Nielsen dies wünschte, ist bekannt, so die Spitalstrategie, die hier keine Unterstützung fand, aber auch die vielen Wechsel an der Spitze des Personals. Genauso sicher aber ist, dass vieles von dem bleibt, wofür sich Claudia Nielsen eingesetzt hat und immer noch einsetzt. Ich gehe nur auf ein paar wichtige Aspekte ein:

In den zwei Legislaturperioden hat Stadträtin Claudia Nielsen unter anderem folgende wichtigen Geschäfte umgesetzt:

Im Umweltbereich hat sie sich mit Vehemenz für die 2000-Watt-Gesellschaft und für eine hohe Lebensqualität für alle Zürcherinnen und Zürcher auch im Lärmschutz eingesetzt. Sie betont, dass die Menschen in der Stadt genauso ein Recht auf Schutz vor Lärm haben wie Menschen auf dem Land. In diesem Zusammenhang steht auch ihr Einsatz gegen den Fluglärm, z. B. mit der Gründung «Allianz Ballungsraum Flughafen Süd». Durch den Einsatz dieser Allianz in Bern konnten die Südstarts geradeaus über Mittag am Flughafen verhindert werden.

Im Gesundheitsbereich stechen sicher folgende Errungenschaften heraus:

In der Stadt Zürich gibt es heute eine stärkere Vernetzung der medizinischen Dienstleistungen: Z. B. sind die Behandlungsabläufe zwischen Spitälern, Alterszentren, Pflegezentren und Spitex optimiert und sowohl die Übergangspflege als auch die Nacht-Spitex eingeführt worden.

In der Drogenpolitik hat sich Stadträtin Claudia Nielsen gemeinsam mit anderen Schweizer Städten für ein Pilotprojekt zur Cannabis-Regulierung stark gemacht.

Ein Meilenstein ist sicher die Gründung des Geriatrieverbunds: Eine Kooperation zwischen Universität, Unispital, Waidspital und Pflegezentrum Käferberg. Forschung und Praxis wurden näher zusammengebracht. Das bringt nicht nur neue Erkenntnisse in der Medizin und Pflege, sondern es wird auch viel über die Verbesserung der Lebensqualität im Alter erforscht und zwar nicht allein auf einer theoretischen Ebene, sondern ganz praxisnah.

Auch die Gründung der «Allianz Herzchirurgie» gehört in diese Aufzählung.

Ebenfalls eine wichtige politische Errungenschaft ist die Tatsache, dass die neue

Altersstrategie inhaltlich so umgesetzt werden konnte, dass die Leistungen für die Betroffenen stiegen: Spitex, Heime, Spitäler und Arztpersonal erhielten die Mittel, um intensiver zusammenarbeiten zu können.

Und nicht zuletzt: Es entstanden zahlreiche neue Alterswohnungen in den vergangenen Jahren.

In einer ihrer Kolumnen schrieb Stadträtin Claudia Nielsen, dass linken Politikerinnen und Politikern häufig geraten werde, sich kernig, deftig, prägnant und einfach auszudrücken. Sie entgegnet in der Kolumne, dass es nichts bringe, noch lauter zu brüllen und dass Anstand am längsten währt, dass sich Differenziertheit lohnt, nicht falsche Vereinfachung. Manchmal müsse halt die Prägnanz im Interesse der Präzision geopfert werden.

So richtig ich das finde, so habe ich doch etwas gestaunt über diese Ausführungen. Bei Stadträtin Claudia Nielsen findet sich meines Erachtens nämlich genau die Fähigkeit, sich differenziert über eine komplexe Materie zu äussern, ohne es an Prägnanz vermissen zu lassen. Pointiert sind Ihre Aussagen meines Erachtens und auch nicht immer leise.

Stadträtin Claudia Nielsen stand dem GUD acht Jahre vor. Gemeinderätin war sie 16 Jahre. In der gemeinderätlichen Zeit war sie dreimal Kommissionspräsidentin: 1998–2000 in der SK PD/TED, 2004–2006 in der SK Verkehr und 2008–2010 in der SK PD/TED/DIB.

Claudia Nielsen fokussierte in ihren Vorstössen stark auf die Themen Verkehr und Energie, natürlich aus linker und grüner Perspektive. Für die gelungene Realisierung des heutigen Münsterhofs und des heutigen Sechseläutenplatzes ist sie ebenfalls mitverantwortlich.

2006 bis 2010 war Claudia Nielsen Mitglied in der Gleichstellungskommission der Stadt Zürich. Auch das ist ein Thema, das ihr wichtig ist; weniger in ihren Vorstössen in diese Richtung, die gab es auch, sondern vor allem als konstante und konsequente Haltung, die sie als Politikerin im Gemeinderat und im Stadtrat einnahm.

1994 war Claudia Nielsen in den Gemeinderat gewählt worden. Aus dieser Zeit ist sonst nur noch Joe A. Manser (SP) hier heute als Gemeinderat anwesend – und als Stadtrat, der damals ebenfalls zum Gemeinderat gewählt wurde, Andres Türler. Im Jahr zuvor, 1993, war Claudia Nielsen bereits häufig hier drin im Ratssaal, allerdings auf der Tribüne, als Parteisekretärin der SP Stadt Zürich. Parteisekretärin war sie bis 1999.

Fast ein Vierteljahrhundert also hat Claudia Nielsen in diesem Saal politisiert und sich für die Zürcher Bevölkerung engagiert. Im Namen des Gemeinderats danke ich Ihnen für diesen enormen Einsatz für die Stadt Zürich, besonders für den riesigen Einsatz in Ihrem Departement, und wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute!

STR Claudia Nielsen: *Herr Präsident, Geschätzte Damen und Herren, es sind etliche Male, in denen ich diese einleitenden Worte gesprochen habe. Ein viertel Jahrhundert ist eine lange Zeit und ich kann Ihnen nur empfehlen, ebenso lange in der Politik zu bleiben. Es ist eine Freude, wenn man zurückblicken kann und feststellt, an welch vielzähligen und unterschiedlichen Projekten man mitgearbeitet hat. Ich habe mir vorgestellt, mein Amt vier weitere Jahre auszuüben, doch dann habe ich erkannt, dass der Moment gekommen ist, in dem ich für gewisse Dinge gerade stehen und Verantwortung übernehmen muss. Dies gehört zu den Aufgaben einer Vorsteherin und zu einer glaubwürdigen Politik. Ich wollte den Glauben vor mir selbst bewahren und habe mich so entschieden. Ich habe im Gemeinderat die Behandlung von Themen unterschiedlichster Art und den Ein- und Austritt diverser Ratsmitglieder erlebt. Im Jahr 2010 bot sich mir die Möglichkeit, in den Stadtrat zu wechseln. Dieser Seitenwechsel ist in meinen Augen nichts Schlechtes sondern in erster Linie ein Wechsel der Sichtweise. Zwei Gemeinderatsmitgliedern steht dieser Wechsel aktuell bevor. Sie werden sich womöglich auch ab und an insgeheim wünschen, dass die Leute stärker an die*

Fähigkeit zu Überlegungen anderer glauben würden. Dies wurde mir als Stadträtin besonders vor Augen geführt, nachdem ich als Gemeinderätin einige kritische Vorstösse verfasst hatte. Gleichzeitig lernte ich als Stadträtin die Verwaltung von einer neuen Seite kennen und schätzen. Da gibt es viele Leute, die mit Herzblut arbeiten. Ich trete mit guten Erinnerungen an Debatten im Gemeinde- und Stadtrat und herausfordernde Momente ab. Ich bedanke mich ganz herzlich für die Zusammenarbeit und Ihr Engagement für die Stadt Zürich. Als Gemeinderätin pflegte ich zu sagen: Das Amt ist ein ziemlich teures Hobby, aber eine vergleichsweise billige Weiterbildung. Ich hoffe, dass Sie die Situation ab und zu auch so betrachten können und sich weiterhin tatkräftig für die Stadt einsetzen werden.

G e s c h ä f t e

3969. 2018/133

Weisung vom 04.04.2018:

Motion von Hans Jörg Käppeli und Thomas Wyss betreffend Erarbeitung eines Konzeptentscheids für eine Tramlinie nach Affoltern unter hälftiger Beteiligung des ZVV, Bericht und Abschreibung

Zuweisung an die SK SID/V gemäss Zirkularbeschluss des Büros vom 17. April 2018

3970. 2018/134

**Postulat von Marcel Savarioud (SP) und Dorothea Frei (SP) vom 04.04.2018:
Ersatz der Kehrriechtabfuhrlastwagen durch Elektrofahrzeuge**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3971. 2018/135

**Postulat von Markus Kunz (Grüne), Helen Glaser (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 04.04.2018:
Anschluss von möglichst vielen Gebäuden in den künftigen Fernwärmegebieten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Peter Schick (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3972. 2018/136

**Postulat von Markus Kunz (Grüne), Helen Glaser (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 04.04.2018:
Abdeckung der Spitzenlast der Fernwärmeversorgung ohne fossile Energieträger**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Peter Schick (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3973. 2018/137

**Postulat von Markus Kunz (Grüne), Guido Hüni (GLP) und 3 Mitunterzeichnenden vom 04.04.2018:
Multifunktionale Auslegung des Fernwärmenetzes im Zusammenhang mit der Planung und Projektierung der Fernwärmeverbindungsleitung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Peter Schick (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3974. 2018/139

**(2014/335 - Weisung vom 29.10.2014)
Amt für Städtebau, Teilrevision der Bau- und Zonenordnung, Festsetzung, Entscheidung des Baurekursgerichts des Kantons Zürich, Verzicht auf eine Beschwerde an das Verwaltungsgericht des Kantons Zürich**

Kommissionsreferent:

Albert Leiser (FDP): *In Unteraffoltern wurde von einem Eigentümer ein Rekurs betreffend der Umwidmung der Kernzone eingereicht. Es geht um die Lage des Gebäudes auf dem Grundstück und um die Grösse der bebaubaren Fläche auf dem Grundstück. Das Baurekursgericht hat den Rekurs mehrheitlich gutgeheissen, sodass wir vor der Frage standen, ob wir den Fall vor das Verwaltungsgericht weiterziehen wollen. Auf dem Grundstück konnte man früher 292 Quadratmeter der Fläche bebauen. Die erlaubte Gebäudegrundfläche hätte auf 250 Quadratmeter reduziert werden sollen. Das Baurekursgericht hat nun die erneute Erhöhung auf 292 Quadratmeter gutgeheissen. Wir haben das Thema im Büro diskutiert und auch von Seiten Stadtrat – vom Hochbaudepartement – die Meinung abgeholt. Man ist klar der Auffassung, dass man den Fall nicht weiterziehen sollte. Wenn man ihn vor das Verwaltungsgericht weiterziehen würde, müsste man sehr viele Beweise führen. Insgesamt geht es nur um eine marginale Parzelle. Das Ortsbild ist nicht gefährdet. Aufgrund dieser Ausgangslage hat man entschieden, auf eine Beschwerde zu verzichten. Das Büro beantragt dem Gemeinderat, dass*

der Fall nicht ans Verwaltungsgericht weitergezogen wird und somit abgeschlossen werden kann.

Anträge des Büros

Das Büro beantragt dem Gemeinderat:

Auf eine Beschwerde gegen den Entscheid des Baurekursgerichts des Kantons Zürich (R1S.2017.05137, BRGE Nr. 0033/2018) vom 23. März 2018 zum Rekurs gegen die Teilrevision Bau- und Zonenordnung, Festsetzung Baubereich und Lage für Neubauten in der Kernzone Affoltern an das Verwaltungsgericht des Kantons Zürich wird verzichtet.

Zustimmung: Präsident Dr. Peter Küng (SP), 1. Vizepräsident Martin Bürki (FDP), 2. Vizepräsident Heinz Schatt (SVP), Ezgi Akyol (AL), Dr. Davy Graf (SP), Markus Hungerbühler (CVP), Karin Meier-Bohrer (Grüne), Mark Richli (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Matthias Wiesmann (GLP), Vera Ziswiler (SP)
Abwesend: Martin Götzl (SVP), Albert Leiser (FDP), Referent

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros mit 109 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Auf eine Beschwerde gegen den Entscheid des Baurekursgerichts des Kantons Zürich (R1S.2017.05137, BRGE Nr. 0033/2018) vom 23. März 2018 zum Rekurs gegen die Teilrevision Bau- und Zonenordnung, Festsetzung Baubereich und Lage für Neubauten in der Kernzone Affoltern an das Verwaltungsgericht des Kantons Zürich wird verzichtet.

Mitteilung an den Stadtrat

3975. 2017/45

Interpellation der SP-Fraktion vom 08.03.2017:

Charta zur Lohngleichheit im öffentlichen Sektor, Zweck der Charta und Umsetzung der Ziele in der Stadt sowie Schwerpunkte und Massnahmen nach 2018

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 668 vom 30. August 2017).

Marcel Tobler (SP) nimmt Stellung: *Bolivien, Namibia, Nicaragua, Ruanda und die Philippinen haben eines gemeinsam: Sie sind im WEF-Gleichstellungsreport Gender Gap Report besser qualifiziert als die Schweiz. Auch europäische Länder haben in Sachen Gleichstellung grössere Fortschritte gemacht als die Schweiz. Die Schweiz fiel im letzten Jahr sogar zurück und dümpelt nun im europäischen Mittelfeld. Der Bund und verschiedene objektive Studien wie jene vom Verband der Absolventinnen und Absolventen der Höheren Fachschulen kommen regelmässig zum gleichen Befund: Es gibt deutliche Lohndifferenzen zwischen Mann und Frau. Sie lassen sich nicht alle mit Ausbildung, Erfahrung, Leistung, Funktion oder mit dem Alter erklären. Wir werden nun als Argumentation hören, es sei alles eine Frage der Betrachtung, ein Chef verdiene nun einmal mehr als eine Sekretärin, weil er mehr Verantwortung trage. Das sind die erklärbaren Unterschiede. Man kann aber nicht erklären, warum ein Sekretär mehr als eine Sekretärin verdient, obwohl sie beide gleich alt sind und die gleiche Ausbildung haben. Oder warum eine Frau im mittleren Kader den gleichen Lohn wie ihr Amtskollege erhält, obwohl dieser jünger ist, weniger Berufserfahrung hat und einen tieferen Abschluss oder weniger Weiterbildungen aufweist. Viele junge Frauen wollen heute zwar keine Karriere mehr*

machen und sich lieber zu Hause um die Kinder kümmern. Das spielt in dieser Diskussion aber keine Rolle. Wenn sich eine Frau für einen Beruf entscheidet, soll sie die gleichen Rechte, Pflichten, Chancen und auch den gleichen Lohn erhalten wie ihr männlicher Kollege. Man hört oft, dass Frauen bei den Bewerbungen und bei den jährlichen Mitarbeitergesprächen höhere Lohnforderungen stellen sollten. Möglicherweise erklärt dies bereits einen Teil der Lohnunterschiede. Diese Forderung ist allerdings ein Hohn und eine Beleidigung für die Frauen. Die Verantwortung für die Lohngleichheit wird dadurch an die Arbeitnehmenden abgeschoben. Die Gestaltung und der Überblick über die Lohnstrukturen und die ausbezahlten Löhne liegen bei den Unternehmerinnen und Unternehmern, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern und bei der öffentlichen Verwaltung. Nur sie können Lohngleichheit herstellen. Sie stehen in der Verantwortung. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist eine simple Forderung, die seit 37 Jahren im Gesetz festgehalten ist und endlich in die Realität umgesetzt werden sollte. Für diese Haltung steht die Charta der Lohngleichheit, zu der sich die öffentlichen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber verpflichten. Ich danke der Stadtpräsidentin, der Verwaltung und dem Gleichstellungsbüro für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Es konnte aufgezeigt werden, dass man mit dem Gleichstellungsplan sehr weit fortgeschritten ist. Dass die Stadt die Charta der Gleichstellung als erste unterzeichnet hat, ist ein gutes Signal in die Schweiz hinaus. Zürich geht beispielhaft vor und nimmt eine Vorreiterrolle ein, die gesehen wird. Die einzige Handhabung, die die Stadt hat, ist die Möglichkeit, via Aufträge und Submissionen Druck auf die Privatwirtschaft auszuüben. Die Stadt nimmt ihre Aufgabe wahr und das ist gut. Es ist zu hoffen, dass sich die Gleichstellungsziele in allen Departementen durchsetzen werden. Aus der Interpellationsantwort konnten wir nicht erfahren, wo innerhalb der Stadtverwaltung noch Nachholbedarf besteht. Mit einer eher technischen Begründung wich man dieser Frage aus. Ich verstehe, dass dies aus Gründen der Kollegialität geschieht und niemand an den Pranger gestellt werden soll. Doch genau diese Haltung, dass man lieber nicht über Löhne spricht, ermöglicht es, dass Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten weiter fortbestehen können. Es geht nicht darum, mit dem Finger auf jemanden zu zeigen oder Vorwürfe zu machen. Wir müssen endlich den Mut haben, hinzustehen und zuzugeben, dass Ungleichheiten bestehen und dass man daran arbeitet. Auch die Unternehmen, die für die Stadt Leistungen erbringen, sollten diese Haltung einnehmen.

Weitere Wortmeldungen:

Christine Seidler (SP): Das Thema ist ernüchternd und brisant. Die kürzliche Debatte zur Revision des Gleichstellungsgesetzes im Ständerat hat in eine Rückweisung der Gesetzesvorlage in die Kommission gemündet. Ein Schlag in das Gesicht jeder Frau, wie der Tages-Anzeiger schrieb. Lohngleichheit gilt auch für den öffentlichen Sektor. Die Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor bekräftigt die Entschlossenheit, den verfassungsmässigen Grundsatz von gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit umzusetzen. Sie manifestiert den Willen von Bund, Kanton und Gemeinden, sich als Arbeitgebende bei Ausschreibungen im öffentlichen Beschaffungswesen oder als Subventionsorgan für Lohngleichheit einzusetzen und sich insbesondere für eine Sensibilisierung des Themas stark zu machen. Auch ich bedanke mich im Namen der SP-Fraktion für das Engagement und die Mitunterzeichnung der Charta einerseits und für die sorgfältige und ausführliche Beantwortung der vorliegenden Interpellation andererseits. In den letzten Jahren hat sich auch dank der Haltung und des Engagements von Behörden und Verwaltung einiges verändert. Wir haben in Sachen Gleichberechtigung sowohl Schritte nach vorne als auch Schritte zurück gemacht. Wir sind noch lange nicht am Ziel. Die Gleichberechtigung ist noch keine Selbstverständlichkeit und in unserer Kultur nach wie vor nicht verankert. Der Frauenanteil gewisser bürgerlicher Fraktionen spricht Bände. Wir müssen Sorge tragen, dass die Politik der Diskriminierung nicht wieder vermehrt Fuss fasst. Auch in Zürich ist es so, dass Frauen mit der Familiengründung in der Lohn-

entwicklung fast stehen bleiben. Noch viel nachdenklicher stimmen die Entwicklungen in der Beantwortung der Fragen 2 und 3, geltend gemachte Fälle von Diskriminierung aufgrund von Schwangerschaft und Mutterschaft – ein Thema, das bedauerlicherweise sogar Eingang in den letztjährigen Bericht der Ombudsfrau fand. Das zeigt, dass die Unterzeichnung der Charta allein nicht zielführend ist und die Bemühungen der Ombudsfrau und der Fachstelle für Gleichstellung nicht greifen können, solange in der Verwaltung bei Vorgesetzten eine Führungskultur und ein verstaubtes Rollenbild herrschen und ohne mit der Wimper zu zucken, Diskriminierungsverbote missachtet werden, Frauen unmittelbar nach dem Mutterschutz entlassen werden oder familiäre Situationen anderweitig ausgenutzt und als Vorwand für eine Kündigung missbraucht werden. Ein weiteres und sehr dunkles Kapitel ist die Problematik im Bereich Haushaltshilfe und Pflege in Privathaushalten. Hier entsteht ein neuer Wirtschaftszweig, in dem Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen arbeiten. Der Stadtrat erwähnt dies zwar in seiner Antwort. Er erwähnt aber nicht die Tatsache, dass die parallel bestehende Schattenwirtschaft einhergeht mit besonders prekärer Ausbeutung von Frauen, insbesondere von solchen, die sich illegal in der Schweiz aufhalten. Wir werden deshalb eine weitere Interpellation nachreichen. Dieser Umstand schmälert aber nicht die engagierte Haltung des Stadtrats und die Arbeit der Fachstelle für Gleichstellung als wertvoller Beitrag im Sinne der Sache. Mir scheint wichtig, dass die öffentliche Verwaltung mit gutem Beispiel in diversen und sensiblen Themen vorangeht, die Charta unterzeichnet und Druck auf die Privatwirtschaft via Aufträge und Submissionen macht. Der Bund wollte Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitenden künftig alle vier Jahre zu externen Lohngleichheitsprüfungen verpflichten. Dieser Gesetzesvorschlag scheiterte wie erwähnt im Ständerat, mitunter mit dem faden-scheinigen Argument der Freiwilligkeit. Um erneut ein Zitat aus dem Tages-Anzeiger zu erwähnen: Die Frist für Freiwilligkeit ist nach 37 Jahren definitiv abgelaufen.

Dr. Daniel Regli (SVP): Der Vorstoss entstand aus Selbstmitleid. Es ist ein riesiges Lamento. Im Text heisst es, im öffentlichen Sektor würden Frauen 6,4 % weniger Lohn ausbezahlt. Wer sich die Mühe macht, die Antwort des Stadtrats zu lesen, findet heraus, dass es genau 0,6 % sind. Man kann auch zehnfach übersteigerte Massnahmen fordern. Das ist manipulativ. Man weiss nicht genau, wo die Manipulation zur Lüge wird. Es wird etwas Falsches gefordert. Es geht hier nicht nur um Löhne. Auch wenn Christine Seidler (SP) fokussiert über Löhne sprach: Zwei Fragen in der Interpellation sind zur Lohn-gleichheit, vier Fragen sind zum Gleichstellungsplan und holen deutlich weiter aus. Den Gleichstellungsplan kann man nicht verteufeln. Wenn man über häusliche Gewalt, über Teilzeitmodelle für Mütter und Väter, über Zwangsheiraten nachdenkt, recherchiert, Massnahmen trifft, ist das durchaus in unserem Sinn. Wenn man aber betrachtet, worum es in der Lohn-gleichheit geht, geht es nicht nur um gleiche Löhne. Das Ziel 2 der Lohn-gleichheitscharta lautet, dass die Stadt Zürich Unternehmer und Arbeitnehmende bei der Realisierung der Lohn-gleichheit von Mann und Frau unterstützt. Es heisst weiter, die Stadt überprüfe private Arbeitgeber, Geschäfte, die sie mit Leistungen beauftragt. Die Inquisition folgt auf dem Fuss. Man will in Zukunft alles genau überprüfen. Es soll ein gesamtstädtisches Controlling geben. Die FDP sollte hier angesichts dieses Bürokratie-monsters nochmals über die Bücher gehen. Es müsste bei jedem Vertrag mit einem Pri-vaten geprüft werden, ob innerhalb dieser privaten Organisation gerechte Löhne bezahlt werden. Das ist sehr teuer und erinnert an die Zeiten der DDR. Bei der Frauenquote im Kader steht, sie sei bei einem Stand von 37,5 % bereits übertroffen. Es wird stets von Gleichheit und Gerechtigkeit gesprochen. Die Quote jedoch ist ein ungerechtes Tool. Frauen werden eingestellt, obwohl sie schlechter qualifiziert sind. Sie werden nur zur Erfüllung der Quote eingestellt. Eine Quote ist schlecht für die Verwaltung, für die Steu-ergelder. Es wird alles teurer. Die Quote ist auch schlecht für die Frauen. Sie sind über-fordert an einem Ort, an den sie gar nicht hingehören würden. Am Ende leiden sowohl der Staat und als auch die Frauen. Zum Stichwort Diversity: Der Stadtrat sagt, man sei gut unterwegs in diesem Bereich und nennt an dieser Stelle das Projekt «Vielfalt in

Kitas». Die Idee von Gleichheit und Gleichstellung will man offenbar den Kindern bereits ab dem Säuglingsalter einimpfen. Die SVP kann hier nicht mitmachen.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Man hat in der Stadt zwar noch nicht alles gelöst, ist aber ein Stück weitergekommen. Dafür bedanke ich mich. Auf den ersten Blick haben wir nur noch den Unterschied von 0,6 %. An einigen Orten müsste man etwas genauer hinsehen. Das Bundesamt für Statistik hat erhoben, dass der Unterschied bei den Löhnen in der Privatwirtschaft zwischen den Geschlechtern nach wie vor bei 20 % liegt und leider auch im Durchschnitt in der öffentlichen Verwaltung immer noch bei 16 %. Ein Teil ist erklärbar, ein Teil nicht. Wir müssen hinsehen. In 40–50 % der Fälle handelt es sich um unerklärbare Diskriminierung. Wir Frauen sind nicht überfordert. Wir können die Arbeit genau so qualifiziert leisten. 1981 haben wir die Gleichstellung in der Verfassung garantiert. Nicht nur im Lohn, sondern in allen Bereichen. Deshalb geht es hier nicht um ein Lamento. Man muss dort hinsehen, wo wir auch in der Stadt noch nicht am Ziel sind. Es ist ein Dauerthema. Wir müssen dafür sorgen, dass wir eine diskriminierungsfreie Gesellschaft sind und dass wir dies auch am Arbeitsplatz umsetzen. Ein Teil davon ist auch sexuelle Belästigung. Wir müssen dauerhaft dafür sorgen, dass die Lohngleichheit bleibt. Wir müssen vor allem dort hinsehen, wo immer noch ein ungleiches Herangehen an die Berufswahl besteht. Das Ziel wäre, dass man auch im Kader 50 % Frauen hätte. Dort, wo wir es noch nicht geschafft haben, hinzuschauen, sollten wir das einfordern, was in der Verfassung steht. Ich bedanke mich, dass die Stadt Zürich vorne mit dabei ist.

Johann Widmer (SVP): Es ist wirklich ein Lamento. Es gibt durchaus Geschäftsführerinnen in gewissen Firmen. Es sind rassistische Anliegen, die nun vorgebracht werden. Es ist diskriminierend. Meine Geschäftsführerin würde sich empören über die Voten, die wir nun gehört haben. Es hat nichts zu tun mit einer Gleichwertigkeit der Personen, mit dem gegenseitigen Anstand und der Achtung voreinander. Es geht nicht immer nur ums Geld. Zudem verdienen auch viele Damen sehr viel mehr als Herren. Hier wird ein Unterschied gezüchtet. Es wird gar von 40 % gesprochen. Das ist lächerlich. Es kann nur dazu dienen, dass das Gleichstellungsbüro, das in der Stadt ohnehin obsolet ist, weil der Kanton bereits eines hat, weitergeführt werden kann. Ich stelle die Frage, warum im Gleichstellungsbüro 8 Frauen und gerademal 2 Männer arbeiten und ob das Gleichheit, Gleichstellung und Gleichwertigkeit ist.

Dr. Daniel Regli (SVP): Ich möchte noch eine Bemerkung zum Ziel 12 in der Charta anbringen, der Förderung von Diversity, der Kampf gegen die Mehrfachdiskriminierung. Auch hier geht es wieder um dieses Lamento und um eine Selbstbemitleidung. Es geht unter anderem um sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität bei den Diskriminierungspunkten. Man will dort Gleichstellung durchsetzen, ist aber damit auf dem Holzweg. Es wird nie funktionieren. Mit dem Ziel der Gleichstellung wird die Gleichstellung abgeschafft. Mit dem Ziel der Freiheit wird die Freiheit abgeschafft. Letzteres kennen wir aus der Geschichte. Wenn man nun in den Kitas Diversity fördern will, wird das Personal den Babys zwar nicht Botschaften einflüstern, aber sobald es klar wird, dass ein 2-jähriges Kind von zwei Vätern oder zwei Müttern abgeholt wird, entsteht die Aufgabe, dass man in den Kitas sagen muss, dass das ganz normal ist. Wir leben in einer offenen Gesellschaft. Die Lebensentwürfe Homosexualität, Transsexualität wurden über Jahrtausende und heute in der Mehrheit der Kulturen als psychische Störung betrachtet. Man kann hier eine andere Meinung haben. Die Mehrheit der Kulturen hat über die Jahrtausende etwas formuliert, das man jetzt nicht einfach umstossen kann. Man kann nicht einfach sagen, etwas ist nun das Nonplusultra, das für alle Ewigkeiten gelten wird. Man darf auf Kosten der Krankenkasse, der Allgemeinheit transsexuell leben. Man darf sich seine Homopartnerschaften organisieren. Man sollte aber damit aufhören, bereits kleine Kinder sektierisch so zu trimmen, dass das das einzige richtige ist und alle andern Kulturen falsch lagen. Mit dem Ruf nach Freiheit wird die Freiheit abgeschafft. Es wird Ungleichheit ge-

fördert. Man wird mit diesem Vorgehen scheitern.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Ich möchte am hervorragenden Votum von Johann Widmer (SVP) anknüpfen. Er gab uns einige Einblicke in die Realitäten der Wirtschaft, die ich nur bestätigen kann. Man kann auch Beispiele aus staatsnahen Betrieben nennen. Bei den SBB im Verwaltungsratspräsidium ist Frau Ribar, die nicht unbedingt wegen exzellenter Leistung in den Schlagzeilen steht. Bei der Post haben wir als CEO Susanne Ruoff. Sie verdient rund 1 Million Franken. Man kann sich fragen, wie viele Poststellen geschlossen werden müssen, damit man dieses Salär finanzieren kann. Es gibt bei der Post einige Fragezeichen. Ich bedaure, dass es auch Frauen in Spitzenpositionen gibt, die dem Anliegen der Frau einen Bärendienst erweisen.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Zum Votum von Dr. Daniel Regli (SVP): Homosexualität wurde 1972 aus dem medizinischen Diagnose-Katalog gestrichen und auch Transsexualität wird nächstes Jahr von der WHO von dieser Liste entfernt werden. Die Ansichten von Dr. Daniel Regli (SVP) sind strukturell stigmatisierend und verletzen viele Menschen in unserem Land.

Marcel Tobler (SP): Ich möchte daran erinnern, dass es beim vorliegenden Thema darum geht, einen Verfassungsauftrag zu erfüllen, der seit 37 Jahren in der Verfassung verankert ist. Die Gleichstellung wurde bisher immer noch nicht erreicht. Wir sind teilweise auf gutem Weg, aber noch weit vom Ziel entfernt. Es wurde erwähnt, dass im Gleichstellungsbüro zu wenige Männer arbeiten. Es wäre sicher wünschenswert, dass in Berufen, in denen viele Frauen arbeiten, die Gleichstellung in die umgekehrte Richtung vorangehen würde. Doch nach der Antwort des Stadtrats ist auch dies ein Ziel des Gleichstellungsplans der Stadt, dass beispielsweise in der Kinderbetreuung oder in der Pflege der Männeranteil erhöht wird. Gleichstellung spielt in beide Richtungen. Zum Thema Frauen in den Führungsetagen: Jeder kennt irgendwo eine Frau in einer solchen Position. Das ist kein Widerspruch. Selbstverständlich verdient dann diese Frau mehr als jemand auf einer tieferen Stufe, weil sie auch mehr Verantwortung trägt. Die Frage ist, ob die Männer auf ihrer Stufe mit dem gleichen Hintergrund, der gleichen Ausbildung und so weiter gleich viel verdienen. Es gibt vielleicht einzelne Frauen in der Führungsetage in der Schweiz, aber es ist eine Tatsache, dass wir deutlich mehr Männer in diesen Positionen haben. Hier ist noch eine grosse Aufgabe zu erledigen. Die Fälle werden immer als allgemeingültig dargestellt. Die Statistik spricht jedoch für sich. Dr. Daniel Regli (SVP) kritisierte die Statistik, die ich zitiert hatte. Er sagte, man würde diese Zahl völlig überhöhen. Die von mir genannte Zahl berief sich auf die Statistik des Bundes. Wenn die Stadt 0,6 % unerklärbaren Lohnunterschied hat, ist das grossartig im Vergleich zum schweizerischen Durchschnitt, aber das Ziel ist dennoch noch nicht erreicht.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Es ist auffällig, wie Dr. Daniel Regli (SVP) immer wieder in ein gewisses Thema abschweift. Er scheint eine grosse Affinität dazu zu haben. Ich bin froh, dass Marcel Tobler (SP) mit seinem Votum zu den Fakten und zum Thema zurückgekehrt ist. Wir gehen hier einem verfassungsmässigen Auftrag nach. Das Instrument, das wir dafür verwenden, ist der Gleichstellungsplan. Es ist eine praxisnahe, transparente und nachhaltige Strategie, die wir sowohl für die Stadtverwaltung als auch für die Stadt Zürich zur Anwendung bringen können. Zwischenergebnisse des Gleichstellungsplans 2014–2018 zeigen, dass wir auf Kurs sind. Wir sind noch nicht am Ziel, deshalb werden wir weiter daran arbeiten. Der Frauenanteil im städtischen Kader, bei dem wir eine Zielvorgabe von 35 % haben, lag 2010 noch bei 16,1 %, 2012 bei 18,2 % und Ende 2017 lag er bei 28,4 %. Wir sind noch nicht am Ziel. Das Ziel müsste mittel- bis langfristig bei rund 50 % liegen. Wir wollen auch im Bereich der Lohngleichheit über die Stadtverwal-

ting hinaus vorwärtsmachen. In der Stadtverwaltung selber hat man das städtische Lohnsystem auf die systematische Einhaltung der Lohngleichheit überprüft. Das Resultat ist vergleichsweise erfreulich. Es gibt immer noch einen unerklärbaren Lohnunterschied von 0,6 %. Dieser ist aber sehr viel tiefer als er in anderen, ähnlich gelagerten Untersuchungen identifiziert wurde. Selbstverständlich wollen wir weiterhin Massnahmen treffen. Die Stadtverwaltung steht im Vergleich zur Stadtzürcher Privatwirtschaft und anderen Verwaltungen gut da. Im Privatsektor verdienen Männer in der Stadt Zürich durchschnittlich 9381 Franken, Frauen 7055 Franken. Von dieser Differenz sind 28,5 % unerklärbar. Das ergibt 663 Franken weniger für diese Frauen. Dieser Betrag entspricht wiederum rund 7 % eines durchschnittlichen Männerlohns. Die Stadt prüft deshalb die Einhaltung der Lohngleichheit auch im Rahmen ihres öffentlichen Beschaffungs- und Subventionswesens bei privaten Unternehmen sowie Unternehmen, die Aufträge von der Stadt oder Leistungskontrakte abgeschlossen haben. Wir sind der Überzeugung, dass keine öffentlichen Gelder in diskriminierende Löhne fliessen sollen. Die bisherigen Erfahrungen mit dem Gleichstellungsplan zeigen, dass wir auf Kurs sind. Das ist wichtig. Mit einer aktiven Gleichstellungspolitik erzielen wir Fortschritte, kommen vorwärts. Die Beispiele zeigen, dass die Bestrebungen den Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung zugutekommen. Die Fortschritte, die wir erreichen, zeigen, dass es nicht um einen öffentlichen Pranger geht. Es braucht einen politischen Willen, ein gutes Instrument, das uns erlaubt, nahe am Thema dran zu sein und einzufordern, dass stets mehr Fortschritte gemacht werden. Auch nach 2018 wird unsere Arbeit weitergehen. Dazu sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern und unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber verpflichtet.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

3976. 2017/54

Interpellation von Helen Glaser (SP) vom 15.03.2017:

Weihnachtsmarkt auf dem Münsterhof, Grösse, Nutzungsdauer und Öffnungszeiten des geplanten Markts sowie Überlegungen zur möglichen Konkurrenzsituation zu den übrigen Weihnachtsmärkten und den Quartiergeschäften

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 572 vom 12. Juli 2017).

Helen Glaser (SP) nimmt Stellung: Ein Weihnachtsmarkt ist eine emotionale Angelegenheit. Nach dem Einreichen der Interpellation habe ich verschiedenste Reaktionen erhalten. Man fragte mich, ob ich überhaupt im Kreis 1 wohne, ich hörte aber auch Stimmen, die es gut fanden, dass die Frage nach einem weiteren Weihnachtsmarkt gestellt wird. Mit der Interpellation wollte ich herausfinden, wie die Stimmung in Sachen Weihnachtsmarkt auf dem Münsterhof ist. Der Stadtrat bezieht sich in seiner Antwort auf sein Nutzungskonzept, die Ausschreibungsunterlagen und das Ergebnis des durchgeführten Mitwirkungsverfahrens. Es ist zu begrüessen, dass er dies alles erarbeitet hat. Mit keinem verständnisvollen Wort geht er jedoch auf die eigentlichen Anliegen und Bedenken ein. Ich kann die Antwort sachlich nachvollziehen, sie hat mich aber nicht viel weitergebracht. Ich weiss nach wie vor nicht, ob von Seiten der Bevölkerung, die den öffentlichen Raum nutzt, grundsätzlich ein Bedürfnis nach einem weiteren Weihnachtsmarkt in der Innenstadt besteht. Diese Frage stellt sich dem Stadtrat offenbar nicht oder er schätzt die Lage anders ein als ich und viele Menschen, mit denen ich darüber gesprochen habe. Inzwischen hat der Stadtrat einem Anbieter grünes Licht für den nächsten Winter erteilt. Offenbar konnte im Gegensatz zu früher diesmal eines der eingereichten Angebote überzeugen. Ob die umliegenden Geschäfte davon profitieren werden oder nicht, ob sich der weitere Markt rechnet, ob sich der neue Münsterhofmarkt tatsächlich von anderen Märkten abhebt, vom Angebot her als etwas anderes wahrgenommen wird und ob er tatsächlich dort hinpasst, sind Fragen, die wir erst bei Stattfinden des Markts

beantworten können. Ich danke dem Stadtrat trotzdem für die Beantwortung der Interpellation, auch wenn die Antwort nicht vollständig befriedigend ist. Mein persönliches Gefühl ist, dass gerade in der Weihnachtszeit in der Stadt genügend Rummel herrscht. Mein Wunsch nach einigen besinnlichen, ruhigen Plätzen bleibt bestehen.

Dr. Daniel Regli (SVP): Zürich hat Potenzial als Weihnachtsmarktdestination. Helen Glaser (SP) hat in der Interpellation zwischen den Zeilen Vieles verpackt, das nun im Votum verdeutlicht wurde: Es hat zu viele Weihnachtsmärkte in Zürich. Man fragt sich, warum es noch mehr braucht. Es gibt im Hauptbahnhof, auf dem Werdmühleplatz, im Niederdorf, auf dem Sechseläutenplatz und bald auch auf dem Münsterhof Weihnachtsmärkte. Ich vermute, auch das Globus-Provisorium soll abgerissen werden, damit auf der neuen Fläche ein Weihnachtsmarkt entstehen kann. Architektonisch wird mit all den Plätzen gesagt: Mut zur Leere. Die Ökonomisierung der Öffentlichkeit wird jedoch mutig vorangetrieben. Dass die Ökonomisierung nicht funktioniert, steht auch in der Interpellationsantwort. In den Weihnachtsgeschäften harzt es. Dies konnte man bereits im vorletzten Jahr lesen. Nun soll es noch mehr Märkte geben. Ich frage mich, warum die Stadt etwas vorantreiben muss, das ökonomisch nicht sehr sinnvoll ist. Ich verstehe auch nicht, warum Helen Glaser (SP) anstelle einer Interpellation nicht ein Postulat eingereicht hat. Die Fakten, die mit der Antwort kamen, sind nicht sehr aussagekräftig. Die SVP würde in der nächsten Legislatur allenfalls ein korrigierendes Postulat der SP unterstützen. Aus unserer Sicht hat es deutlich zu viele Märkte, vor allem dann, wenn sich die Stadt als Unternehmerin gebärdet und etwas verschlimmbessert.

Gabriele Kisker (Grüne): Der Münsterhof mit einem Weihnachtsbaum, Stühlen und Bänken bestückt – darauf habe ich mich wie viele Anwohner der Altstadt sehr gefreut. Der Platz ist auch ohne Bespielung ein Gewinn, ein schöner Kontrapunkt zu den zahlreichen Angeboten in der weihnächtlichen Innenstadt. Von der Bahnhofstrasse bis zum Sechseläutenplatz ist alles vollgepflastert mit weihnächtlichen Angeboten. Die Stadt hat aber vorbildlich gehandelt. Sie hat sehr sorgfältig abgeklärt, was auf dem Platz geschehen soll. Das Anforderungsprofil für einen Weihnachtsmarkt nimmt stark Bezug auf die Ökologie und die Örtlichkeit des Platzes. Die umliegenden Läden wurden einbezogen. Der Weihnachtsmarkt wird nicht auf Teufel komm raus so umgesetzt. Die Anforderungsprofile müssen erfüllt sein, die Angebote müssen dem Ort entsprechen. Die Nutzung auf dem Münsterhof ist somit kein Schnellschuss. Es war ein komplett anderes Vorgehen als beim geplanten Formel-E-Rennen, bei dem ein Label wie E-Mobilität und Sponsoren offenbar für eine Bewilligung ausreichen und die Quartierbewohnerschaft ungefragt als coole Kulisse und Werbeplattform missbraucht wird.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Es ist gut, dass die Frage gestellt wurde und dass man sich nun auch integral, mit der Perspektive über die ganze Stadt mit den Weihnachtsmärkten befasst. Zürich war bezüglich der Weihnachtsmärkte lange sehr provinziell. In Köln gibt es insgesamt 7 Weihnachtsmärkte. Die Weihnachtsmärkte werden von vielen Leuten sehr gerne besucht. Die Stimmung ist toll. In Colmar gibt es 5 Weihnachtsmärkte. Strassburg und Nürnberg sind Ur-Destinationen für Weihnachtsmärkte. Es gibt eine schöne Atmosphäre, in der man zu sich selber finden kann. Ich sehe kein Problem, dass das Gewerbe gross konkurrenziert wird. Die Produkte, die man auf dem Markt erstehen kann und diejenigen, die man in den Läden kaufen kann, unterscheiden sich klar. Die Erfahrung zeigt zudem, dass die Preise auf den Weihnachtsmärkten immer etwas höher sind als in den Geschäften. Das hängt auch damit zusammen, dass entsprechende Abgaben geleistet werden müssen. Somit ist der Markt im Grunde keine Konkurrenz. Es ist höchstens möglich, dass Leute gegen Weihnachtsmärkte sind, weil von der Ökologie her zu viel Licht verwendet wird. Wenn man aber alles entfernen würde, was die Gefühlswelt anspricht, kämen wir insbesondere in der Weihnachtszeit nirgendwo hin.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Dass der Münsterhof nach dem Umbau ein attraktiver und schöner Platz geworden ist, hat viel damit zu tun, dass man sich sehr früh Gedanken machte und eine Vorstellung über dessen Bespielung und Belebung entwickelt hat. Man wollte dies aber nicht einfach in Amtsstuben tun, sondern hat es sehr breit abgestützt in einem partizipativ angelegten Prozess getan. Vertretungen der Anrainerinnen und Anrainer und des lokalen Gewerbes wurden miteinbezogen. Auf dieser Grundlage wurde das Nutzungskonzept verfasst, das vom Stadtrat 2015 beschlossen wurde und nun auch online öffentlich zugänglich ist. Das Nutzungskonzept sieht ein Zeitfenster von jeweils maximal 35 Tagen im Winter für einen Weihnachtsmarkt inklusive Auf- und Abbau vor. Die Initiative für den Weihnachtsmarkt kam nicht von der Stadt, sondern wurde von den Anrainerinnen und Anrainern und vom Gewerbe in diesem Mitwirkungsverfahren eingebracht. Das Ziel war, den Platz in der kalten Jahreszeit zu beleben. Der Stadtrat liess sich von dieser Zielsetzung überzeugen. Wie die lokalen Initiantinnen und Initianten sieht auch der Stadtrat den Weihnachtsmarkt als eine Chance für die Geschäfte, die um den Münsterhof liegen. Wenn der Münsterhof wegen des Weihnachtsmarkts von mehr Personen besucht wird, wird dadurch auch das Potenzial an Kundinnen und Kunden für das lokale Gewerbe erhöht. Der Stadtrat ist überzeugt, dass ein Weihnachtsmarkt mit einem eigenständigen Profil eine sinnvolle und attraktive Ergänzung sein kann. Von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) haben wir in seinem Votum den internationalen Blick gehört, wofür ich mich bedanke. Gerade im internationalen Vergleich sind die Dimensionen in Zürich eher bescheiden. Wir bieten einen Verbund von Weihnachtsmärkten, die einen unterschiedlichen Charakter haben und in Gehdistanz voneinander erreicht werden. Dieser Verbund kann gestärkt werden mit einem feinen Weihnachtsmarkt an einem stimmungsvollen Ort. Im Gegensatz zur ersten Ausschreibung 2015 erhielten wir im zweiten Anlauf eine überzeugende Bewerbung. Das Konzept «Von Zürich für Zürich» stammt von der Vereinigung der Zürcher Spezialgeschäfte. Sie haben von uns die Bewilligung für den Weihnachtsmarkt 2018 sowie eine Rahmendezusage für die nächsten vier Jahre erhalten. Das Konzept besticht durch ein eigenständiges Profil. Die Einbindung von traditionsreichen Zürcher Fachgeschäften ist wichtig. Wir sind überzeugt, dass der Markt eine Bereicherung und eine qualitätsvolle Belebung des Platzes in der dunklen Jahreszeit darstellt. Das entspricht auch der Absicht der Initiantinnen und Initianten dieser Idee.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

3977. 2017/77

**Motion der SP-, Grüne-, GLP- und CVP-Fraktion vom 29.03.2017:
Einführung einer AusländerInnen-Initiative als Instrument für die Mitwirkung
von Ausländerinnen und Ausländern mit einer Aufenthalts- oder Niederlassungs-
bewilligung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Isabel Garcia (GLP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 2807/2017): *Es geht um die Motion zur Einführung einer AusländerInnen-Initiative, einem Instrument, das allen volljährigen, in der Stadt Zürich wohnhaften Ausländerinnen und Ausländern mit einer Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung offenstehen soll. Die AusländerInnen-Initiative soll einen klaren Antrag und eine Begründung enthalten und muss ein Anliegen betreffen, für das entweder der Stadtrat oder der Gemeinderat zuständig ist.*

Es wird vorgeschlagen, dass zur Einreichung einer AusländerInnen-Initiative 50 Unterschriften nötig sind. Das Verfahren zur Abwicklung des neuen Instruments soll sich am Verfahren der Einzelinitiative anlehnen. In der Stadt Zürich haben rund 120 000 Bewohnerinnen und Bewohner keinen Schweizer Pass. Das ist rund ein Drittel der Stadtbevölkerung. 100 000 davon wären stimm- und wahlberechtigt. Trotz diesem sehr hohen Bevölkerungsanteil an Ausländerinnen und Ausländern verfügt die Stadt bisher über kein Instrument zur politischen Partizipation dieser Bevölkerungsgruppe, obwohl sowohl in der Gemeindeordnung als auch im Integrationskonzept darauf verwiesen wird, dass eine möglichst breite Teilnahme an Integration und Partizipation wichtig ist. Mit der AusländerInnen-Initiative schaffen wir ein massgeschneidertes politisches Instrument, das es den Personen ermöglicht, sich einzubringen und am politischen Prozess der Stadt teilzunehmen, ohne dass ein eigentliches politisches Recht geschaffen wird. Wir sind alle stolz darauf, in einer direkten Demokratie zu leben. Doch gerade in einer direkten Demokratie ist es unerlässlich, dass sich möglichst breite Bevölkerungskreise politisch beteiligen können. Der Stadtrat ist bereit, das Anliegen als Postulat entgegenzunehmen. Aus seiner Sicht gibt es einige Gründe, warum er es nicht als Motion entgegennehmen will. Grund 1: Die Kantonsverfassung hält ausdrücklich fest, dass das Stimm- und Wahlrecht an das Erreichen des 18. Lebensjahres und an das schweizerische Bürgerrecht gebunden ist. Grund 2: Es gab in den letzten 30 bis 40 Jahren etliche Anläufe, diese Möglichkeit auf Kantonebene einzuführen. Alle diese Anläufe sind gescheitert. Das ist bedauerlich, aber eine Tatsache. Grund 3: Der Stadtrat kommt zum Fazit, dass es für den Stadtrat und für die Gemeinde Zürich keinen Spielraum gibt, um Instrumente zur formellen politischen Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern in der Stadt Zürich einzuführen. Grund 4: Es wird die im Sommer 2017 im Kantonsrat eingereichte parlamentarische Initiative erwähnt, die ein solches Recht auf Kantonebene einführen wollte und damit der Gemeinde als untere Ebene die Möglichkeit auf mehr Spielraum eröffnet hätte. Die 60 Stimmen, die zur vorläufigen Unterstützung benötigt worden wären, wurden im Kantonsrat nicht erreicht. Vor diesem Hintergrund müssen wir feststellen, dass es keinen Spielraum gibt und wir deshalb mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden sind. Es ist ein grosses Herzensanliegen von mir. Ich möchte deshalb eine persönliche Bemerkung zur Antwort des Stadtrats anfügen. Ich zitiere aus der Antwort des Stadtrats: «(...) obwohl der Stadtrat der Auffassung ist, dass das Ausländerstimmrecht geeignet wäre, die integrationspolitischen Ziele noch besser zu erreichen, (...) denn wer hier lebt, arbeitet, Steuern zahlt, Kinder grosszieht und seine Zukunft in Zürich plant, sollte auch dann politisch partizipieren können, wenn sie oder er kein Schweizer Bürgerrecht besitzt.» Diese Bemerkung freut mich ausserordentlich. Ich danke für diese doch noch in einer gewissen Form positive Antwort des Stadtrats.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Der Stadtrat erachtet den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft als sehr wichtig. Aus unserer Sicht ist es ein wichtiger Aspekt, dass sich möglichst viele Menschen am politischen Geschehen beteiligen können. Wer sich in unserer Demokratie ernstgenommen fühlt, fühlt sich auch unserer Stadt und unserem Land besser verbunden und ist damit auch eher bereit, sich beispielsweise in einer Partei, in einem Verein oder in der Nachbarschaft zu engagieren. Die AusländerInnen-Initiative verfolgt das Ziel, einer grossen Gruppe unserer Bevölkerung mehr Mitsprache in unserer Gesellschaft zu geben. Der Stadtrat unterstützt dieses Grundanliegen. Aus unserer Sicht müssen allerdings insbesondere zwei Fakten beachtet werden. Erstens: Die beste Möglichkeit, um bei uns im Staatswesen mitzubestimmen, ist die Erlangung des Schweizer Bürgerrechts. Die Hürden sind hoch. Jeder Einbürgerungswillige muss 10 Jahre in der Schweiz niedergelassen sein. Zahlreiche weitere Kriterien müssen erfüllt sein. Aber auch wer noch keine 10 Jahre hier lebt oder keine Aufenthaltsbewilligung besitzt, die für die Einbürgerung notwendig ist, kann sehr gut integriert sein. Zürcherinnen und Zürcher*

ohne Schweizer Pass würden durch die Initiative eine stärkere Teilnahmemöglichkeit in unserem demokratischen Gemeinwesen erhalten. Der zweite Punkt betrifft das Initiativrecht im Kanton. Es ist eindeutig und unmissverständlich an das Bürgerrecht in der Schweiz gekoppelt. Aus diesem Grund lehnt der Stadtrat die Motion ab. Wir haben es in der Antwort im Detail dargelegt. Die Stadt kann dieses Instrument nicht im Alleingang einführen. Es wäre gegen das Gesetz. Falls sich allerdings die Rahmenbedingungen auf Stufe Kanton ändern würden, wären wir bereit, die Idee nochmals zu prüfen. Vor wenigen Wochen ist die parlamentarische Initiative im Kantonsrat leider am nötigen Mehr gescheitert. Man kann realistisch gesehen nicht auf die Hoffnung setzen, dass sich an den gesetzlichen Rahmenbedingungen rasch etwas ändern wird.

Weitere Wortmeldungen:

Marcel Bührig (Grüne): Es geht um die Erweiterung der Demokratie. Die Partizipation aller Bürgerinnen und Bürger ist ein Grundpfeiler der Demokratie. Früher durfte nur abstimmen, wer männlich war. Davor musste man sogar noch ein gewisses Einkommen besitzen oder war vom Stimmrecht ausgeschlossen, wenn man beispielsweise Sozialhilfe bezog. Diese Hürden sind heute überwunden. Es geht darum, die Demokratie noch besser zu machen und rechtliche Partizipation für Ausländerinnen und Ausländer, für Migrantinnen und Migranten einzuführen. Die rechtliche Gleichstellung ist momentan noch nicht mehrheitsfähig, was wir bereits bei einigen Abstimmungen im Kanton gesehen haben. Im Kanton Neuenburg gibt es ein Ausländerinnen- und Ausländerstimmrecht. Unsere Gestaltungsmöglichkeiten in der Stadt sind stark eingeschränkt. Grundsätzlich sollte ein Prinzip der amerikanischen Revolution gelten: keine Besteuerung ohne Repräsentation. Momentan bezahlt ein Drittel der Stadtbevölkerung Steuern, kommt rechtlichen Pflichten nach, kann aber nicht mitentscheiden, was mit dem Steuergeld geschieht und generell nicht den Kurs der Stadt, des Kantons und des Landes mitbestimmen, obwohl die Personen volle Mitglieder in diesem Land sind und dieselben Pflichten wahrnehmen müssen wie wir. Die vorliegende Motion ist ein kleiner Schritt. Wir hätten uns gewünscht, dass man das AusländerInnen-Stimmrecht einfach nur in der Stadt Zürich einführen könnte. Dies wurde von der Bevölkerung des Kantons mehrfach abgelehnt. Die Motion ist aber ein Schritt in die richtige Richtung und zu einem besseren demokratischen System. Es ermöglicht Migrantinnen und Migranten, zu partizipieren, sich und ihre Ideen einzubringen und in das Parlament zu tragen. Das war den Grünen schon immer ein wichtiges Anliegen. Wir haben uns schon immer für die rechtliche Gleichstellung von Migrantinnen und Migranten eingesetzt. Es geht um einen der Grundpfeiler des universellen Denkens, dass jeder Mensch die gleichen Rechte hat, unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht. Das Frauenstimmrecht wurde erst nach einem langen Kampf eingeführt. Bei diesem Kampf war ich noch nicht dabei. Nun versuche ich, etwas dazu beizutragen, dass Migrantinnen und Migranten in diesem Land mitbestimmen können. Man kann mit diesem ersten Schritt nicht alles erfüllen. Es ist aber ein wichtiger Schritt, damit wir irgendwann auch in der Schweiz, im Kanton Zürich und in der Stadt Zürich ein AusländerInnen-Stimmrecht haben können.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Die AL-Fraktion lehnt die Motion in der aktuellen Form ab. Sie ist für uns in dieser Form befremdlich, zeugt von einer paternalistischen Haltung und ist das Resultat eines faulen Kompromisses, der niemanden wirklich befriedigt. Zürich wäre ohne die ausländische Bevölkerung nicht denkbar. Die AusländerInnen sind unter uns. Ich spreche nun nicht nur als Schweizer, sondern auch als Spanier. Wir sind politisch integriert, wir sind im Quartierverein tätig, wir sind im Sportverein aktiv. Ohne Ausländerinnen und Ausländer würden ganze Branchen in der Stadt zusammenbrechen. Es wäre die Aufgabe der Politik und des Gemeinderats, formale Voraussetzungen zu schaffen, damit rund ein Drittel der Bevölkerung seinen politischen Willen artikulieren kann. Doch wir stecken in den Paradoxen der modernen Politik. Die rechte Ratsseite

wird uns eine Standpauke über Integration, möglicherweise sogar über Assimilation halten. Wenn es um die Grundrechte geht, die die Integration ermöglichen würden, sind sie die ersten, die diese Rechte verwehren. Das Stimm- und Initiativrecht ist keine Trophäe. Es ist die Basis für die politische und soziale Integration. Manche wollen das nicht einsehen. Sie nehmen aber gerne das Steuergeld der ausländischen Bevölkerung entgegen. Paradox ist auch die Haltung der Motionäre. Man hätte von progressiven und liberalen Parteien mehr erwartet, ein besseres Sensorium erwartet. Sie führen einen AusländerInnen-Wechselkurs ein von 1:50. Ich frage mich, wie man auf diese Zahl kommt. Im Kanton einigte man sich auf 1:200. Ausländerinnen und Ausländer im Kanton sind offenbar weniger wert als in der Stadt. Ich finde das befremdlich. Ich stelle mir das in der Praxis wie folgt vor: Wenn eine Ausländerin eine Idee hat, muss sie sich 49 UnterstützerInnen suchen. Die gut integrierte Ausländerin erzählt ihrer Schweizer Kollegin davon. Die Schweizerin kann die Idee allein einreichen, die Ausländerin müsste aber noch viele weitere UnterstützerInnen suchen. Heisst das, dass eine Idee nun 50 Mal schlechter ist? Die Botschaft, die damit ausgesendet wird, ist ausserordentlich paternalistisch. Ich habe Verständnis, dass man nach all den verlorenen Abstimmungen etwas tun möchte. Aber der helvetische Kompromiss hilft in dieser Sache nicht weiter. Es ist eine kategoriale Entscheidung, die wir alle treffen müssen. Entweder steht man für Grundrechte ein oder nicht. Die Kompromisslösungen, die im Laufe der Zeit vorgeschlagen wurden, wurden mit stetig höheren Quoten abgelehnt. In diesem Sinne schlägt die AL-Fraktion vor, den Textänderungsvorschlag anzunehmen. Wir wollen der ausländischen Bevölkerung eine Stimme geben – ihre eigene.

Dr. Davy Graf (SP) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Ein Drittel der Stadtbevölkerung ist im Gemeinderat nicht vertreten. An den Gesetzen von Kanton und Bund gibt es nichts zu rütteln. Der Stadtrat hat in seiner Antwort gezeigt, dass es in der Stadt ein friedliches Zusammenleben gibt, eine Chancengleichheit, die wir stärken wollen. Das stimmt alles und wir wollen das auch unterstützen. Am Ende geht es aber um Mitbestimmung. Diese ist im Grunde unverhandelbar. Mitbestimmung ist mehr als eine Wertschätzung. Sie ist ein Teil der menschlichen Würde. Deswegen haben wir den Vorstoss auch als Motion eingereicht. Wir überreichen ihn als Postulat, weil kantonal einiges gescheitert ist, das unserem Anliegen hätte Schub geben können. Der Geburtsfehler liegt in der Verfassung, die wir vor zahlreichen Jahren revidiert haben. Im Gegensatz zu andern Kantonen haben wir nicht festgesetzt, dass jede Kommune selber entscheiden kann, wer mitbestimmen und mitentscheiden darf. Weil das Anliegen als Postulat überwiesen wird, werden wir die Textänderung der AL nicht annehmen. Es mag etwas paternalistisch von uns sein, dass wir der Meinung sind, dass man einen kleinen Schritt tun muss und dem Stadtrat damit ein Zeichen gibt und ihm den Rücken stärkt, damit er beim Regierungsrat entsprechend vorstellig werden kann. Wir werden aber versuchen, es selber an die Hand zu nehmen. Wir werden es mit einem Beschlussantrag versuchen oder mit einem Antrag direkt im Büro. Wir würden eine Art Petition von 50, 20 oder 75 oder so ähnlich einreichen bezüglich dem Recht von Ausländerinnen und Ausländern und auch von Jugendlichen, denn auch deren Initiativrecht ist noch nicht verwirklicht. Man würde sicherlich jemanden finden, der dann die Idee in Form eines Vorstosses formal in den Rat tragen würde. Es wäre ein gangbarer Weg. Es ist nicht der beste oder sauberste. Es ist nicht der, den wir wollten. Aber wir würden es probieren, damit wir diesem Bevölkerungsteil eine Stimme geben können.

Dr. Daniel Regli (SVP): Dass die CVP hier mitunterschieden hat, ist für mich unverständlich. Sie unterstützt damit eine Schwächung der Staatsbürgerschaft. Ich war der Ansicht, wir hätten eine bürgerliche Brücke. Wir finden die Voraussetzung von 10 Jahren Niederlassung als Voraussetzung zur Einbürgerung sinnvoll. Wenn man diese Dauer herabsetzen will, kann man sich um die entsprechenden Mehrheiten bemühen. Man sollte aber nicht dauernd nivellieren. Ich habe dafür kein Verständnis. Man sucht einen

Umweg, um linke Politika in den Rat zu bringen über vielleicht ähnlich denkende Ausländer. Man kann das versuchen. Ich bin froh, dass es scheitert. Warum der Stadtrat mit der Rechtslage, die von der Stadtpräsidentin ausführlich dargelegt wurde, den Vorstoss als Postulat entgegennimmt, ist nicht einsehbar. Es braucht auch kein Postulat. Die SP ist konsequent, indem sie sagt, dass sie nach informellen Möglichkeiten sucht, wie sie diesen Drittel der Bevölkerung der Stadt auf legitime Art und Weise in den politischen Prozess einbinden kann. Das ist ihr unbenommen. Wir werden die Staatsbürgerschaft, so wie sie unser Land, unser Kanton, unsere Stadt definiert, hochhalten.

Karin Weyermann (CVP): *Die CVP hat mitunterschrieben und begrüsst die Überweisung des Vorstosses als Postulat. Wir tun dies aus folgendem Grund: Wir begrüssen, dass Ausländer an unserer Politik partizipieren sollen. Das Postulat soll ein erster Schritt auf diesem Weg sein. Es ist ein wichtiger Schritt. Wir haben zahlreiche Ausländer, die sich noch nicht einbürgern lassen können oder wollen und darum nicht mitbestimmen können. Dies möchten wir mit dieser Motion ändern. Es ist aber auch so, dass man in einem ersten Schritt eine gewisse Hürde einbauen muss. Daher die 50 Unterschriften. Über diese Zahl kann man diskutieren. Ich verstehe nicht, warum die AL in ihrer Textänderung nicht einfach nur die 50 Unterschriften entfernt haben will, und warum sie will, dass die Initiative nicht einen klaren Antrag und eine Begründung enthalten muss, und warum es auch Angelegenheiten betreffen soll, für die wir im Gemeinderat oder im Stadtrat gar nicht zuständig sind. In der Antwort des Stadtrats konnte man lesen, dass man es auf der kantonalen Ebene angehen muss. Wir begrüssen deshalb, dass man es so initiiert, dass es auf der kantonalen Ebene angepasst werden muss. Heute würden wir es aber begrüssen, wenn das Postulat im Rat möglichst breite Unterstützung finden würde und damit ein Zeichen gesetzt würde, dass wir die Partizipation der Ausländer in der Stadt Zürich begrüssen.*

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): *Zum Votum der AL: Selbstverständlich ist das Ziel ein volles Stimm- und Wahlrecht. Wir waren als Grüne in den vergangenen Jahren stets mit dabei, wenn es um diese Frage ging. Bis jetzt haben wir die nötige Mehrheit aber nicht erreicht. Deshalb sollten wir dort, wo wir Möglichkeiten haben, beginnen, erste Zeichen zu setzen, damit wenigstens einmal etwas läuft im Sinne von ersten Schritten. Wir haben nun erste Ideen gehört, wie man das Anliegen pragmatisch umsetzen könnte. Es gibt durchaus einen gewissen Spielraum. Bisher hat das Volk ein volles Stimm- und Wahlrecht für die ausländische Wohnbevölkerung abgelehnt. Ein Antragsrecht wurde vom Volk jedoch nicht abgelehnt. Es könnte durchaus sein, dass wir als Gemeinderat – auch wenn wir das gemäss vorgegebenem Recht nicht müssen, aber können –, statt etwas nur als Petition anzuerkennen, es als Initiative anerkennen und das Anliegen dann im Rat behandeln. Wir sollten uns nicht von den 50 Stimmen aufhalten lassen. Man kann diese Zahl auch reduzieren. Die Idee soll sein, dass man eine Möglichkeit hat – vielleicht über unsere Gemeinderatsordnung – für die ausländische Wohnbevölkerung wenigstens ein verbindliches Antragsrecht zu schaffen anstelle der Möglichkeit einer Petition. Eine Petition kann auch in einer Schublade verschwinden. Es wäre ein erster Schritt, um auch dem Kanton zu zeigen, dass es funktionieren kann und dass es sogar noch weiter gehen könnte. Wir hoffen, dass der Stadtrat nicht einfach auf die Regierung wartet, sondern gemeinsam mit dem Büro Ideen entwickelt, damit auch Personen, die nicht über das Schweizer Bürgerrecht verfügen, ein gutes Antragsrecht haben.*

Marcel Tobler (SP): *Wenn man von politischen Entscheiden betroffen ist, soll man auch das Recht zur Mitbestimmung haben. Das ist ein Grundsatz der Demokratie. Darum geht es in dieser Diskussion. Wir können diese Frage heute nicht abschliessend diskutieren. Die Stadt ist an übergeordnetes Recht gebunden. Sie muss aber Mittel, Möglichkeiten und Wege finden, wie sie die Partizipation eines Drittels der Bevölkerung politisch besser sicherstellen kann. Wir haben ein Niveau erreicht, auf dem wir als Stadt und Be-*

hörde nicht die Augen schliessen können. Wir haben einen viel zu hohen Bevölkerungsanteil, der von der politischen Partizipation ausgeschlossen ist. Hier müssen wir den Spielraum nutzen können. Wir werden nicht lockerlassen. Das Thema wird wiederkommen. Ich hoffe, der Stadtrat kann es als prioritäres Anliegen aufnehmen, das man in die Legislaturziele schreiben kann.

Kyriakos Papageorgiou (SP): *Das Thema war für mich immer schon wichtig. Ich werde mich solidarisch verhalten mit meiner Partei. Ich werde gleich wie meine Partei stimmen, auch wenn ich mich in der Fraktion nicht gemeldet habe. Für mich ist das Anliegen ein Herzenswunsch, eine Grundbasis von Demokratie. Es zeigt aber auch, dass die Parteien, die es eingereicht haben, auf gutem Weg zu einer guten Lösung sind. Mein Vater kam 1963 nach Zürich. Viele der Ratsmitglieder haben Väter und Mütter, die jünger sind. Doch diese Väter und Mütter sind offenbar beim Einreichen von Einzelinitiativen 50 Mal mehr wert. Meine Eltern, die sich aus rein ökonomischen Gründen nicht einbürgern lassen konnten, sind in den Augen unserer Mehrheit eine Art Brosamen-Empfänger. Sowohl Dr. David Garcia Nuñez (AL) als auch mein Fraktionspräsident haben gute, gleichwertige Argumente vorgebracht. Es kommt immer darauf an, aus welcher Sicht man es betrachtet: Aus der Sicht des Sohns von Migranten, die nach 55 Jahren in der Stadt Zürich immer noch Ausländer sind, oder als Sohn oder Tochter von einheimischen SchweizerInnen. Die Stadt Zürich hat noch einen langen Weg vor sich, bis man die Gleichberechtigung dieser Menschen erreicht. Bevor ich Gemeinderat war, war ich Schulpfleger. Davor war ich als Griechenvertreter Teil des Ausländerbeirats zuhänden des Stadtrats und hatte dort die Möglichkeit, Anliegen einzubringen. Eines der wichtigsten Themen, die der Ausländerbeirat erreicht hat, war die Namensänderung von Ausländermeldeamt zu Personenmeldeamt. Wir sollten so weitermachen.*

Michael Schmid (FDP): *Es wurde nun viel von diesem Drittel gesprochen, der angeblich von der politischen Partizipation in der Stadt ausgeschlossen sei und dass man dieser Tatsache mit diesem Vorstoss Abhilfe schaffen will. Das ist in vielfacher Hinsicht falsch. Tatsache ist, dass ein grosser Teil dieses Drittels die Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllt oder erfüllen würde, sofern die Person das 18. Lebensjahr vollendet hat. Ein grosser Teil dieser Personen hat bereits heute die Möglichkeit, vollständig an allen Bürgerrechten und -pflichten zu partizipieren. Das ist aus unserer Sicht der beste Weg. Wer die Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllt, soll eingebürgert werden und soll sich im politischen Prozess engagieren. Wir wollen nicht Bürgerrechte oder politische Rechte zweiter Klasse. Wir lehnen den Vorstoss aber auch ab, weil er an der praktischen Realität vorbeigeht. Wer sich engagieren will, hat auch als Ausländerin oder Ausländer sehr viele Möglichkeiten, dies zu tun. Man kann in einer Partei Mitglied werden. Wir haben sehr aktive Mitglieder, die noch nicht eingebürgert sind. Man kann sich in Vereinen engagieren und dadurch auf den politischen Prozess sehr viel direkter Einfluss nehmen als mit diesem Vorstoss. Deshalb lehnen wir den Vorstoss ab.*

Dr. David Garcia Nuñez (AL) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2018/157 (statt Motion GR Nr. 2017/77, Umwandlung) wird mit 71 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3978. 2018/152

Verabschiedung der zurücktretenden und der nicht wiedergewählten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sowie des abtretenden Präsidenten des Gemeinderats

Ratspräsident Dr. Peter Küng (SP) eröffnet die Verabschiedung der zurücktretenden und der nicht wiedergewählten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte.

(Fraktionserklärung siehe Beschluss-Nr. 3979/2018)

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3979. 2018/158

**Erklärung der CVP-Fraktion vom 18.04.2018:
Ausscheiden der CVP aus dem Gemeinderat**

Namens der CVP-Fraktion verliest Karin Weyermann (CVP) folgende Fraktionserklärung:

The show must go on

Die wöchentlichen Gemeinderatssitzungen erinnern gelegentlich ein wenig an ein Theater, sind die Sitzungen doch die Bühnen für die Politikerinnen und Politiker, sich und ihre Ideen wöchentlich den Medienschaffenden und den Zuschauern zu präsentieren. Die grosse Arbeit wird jedoch hinter den Kulissen, sei es in den Kommissionen, im Foyer oder in den Parteigremien, geleistet. Gerade für die CVP als kleine Fraktion war es sehr anspruchsvoll, diese Arbeit zu leisten. So waren wir in den Kommissionen höchstens mit einem Vertreter oder einer Vertreterin präsent und mussten auch die Geschäfte der Kommissionen betreuen, in denen wir nicht vertreten waren. Auch die zahlreichen Anlässe mit der Bevölkerung und der Partei konnten nur auf wenige Schultern verteilt werden. Daher ist es mir heute ein besonderes Anliegen, meinen Fraktionskollegen ganz herzlich für ihren riesigen Einsatz zu danken, den sie geleistet haben.

Heute – ganz genau am 16. Mai 2018 - geht eine Ära zu Ende. Die CVP wird erstmals seit 1913 nicht mehr im Gemeinderat der Stadt Zürich vertreten sein. Wir bedauern dies ausserordentlich, da wir diese Arbeit sehr gerne geleistet haben und durch das Ausscheiden natürlich auch die Bühne verlieren, unsere Ideen zu präsentieren. Nach wie vor unverständlich ist, dass durch die willkürliche 5 %-Hürde 3.67 % der gesamtstädtischen Wählenden nicht mehr im Parlament vertreten sein werden. Die EVP/BDP, welche dieses Mal den Sprung ins Parlament wieder geschafft haben, repräsentieren demgegenüber gerade mal 2.80 % des gesamtstädtischen Wähleranteils. Zudem befürchten wir durch die linke Dominanz eine Stärkung der ideologischen Politik und eine Verhärtung der Fronten. Mit der CVP wird unseres Erachtens eine kleine, aber wichtige und konsensfähige Kraft im Gemeinderat in Zukunft fehlen. Wir haben uns immer für gute und breit abgestützte Lösungen eingesetzt und zahlreiche Kompromisse erarbeitet. Erinnerung sei an die Kompromisse im Bereich Parkplatzgebühren, Vermietungsrichtlinien, Observationsverordnung, Sechseläutenplatz und noch viele mehr.

Jetzt gilt es aber, den Kopf nicht hängen zu lassen. Diese Wahlen haben ja auch gezeigt, dass eine Rückkehr nach vier Jahren Abwesenheit durchaus realistisch ist. Somit gilt es, heute vorwärts zu schauen. Einige aus unserer Fraktion sind verdankenswerterweise bereit, sich auch weiterhin mit viel Engagement für die Partei einzusetzen, sich regelmässig zu treffen und die aktuelle städtische Politik aufmerksam zu verfolgen. Wir werden die städtische Politik von aussen verfolgen und uns regelmässig zu Wort melden. Wir danken den Medienschaffenden schon heute, dass sie uns nicht ganz vergessen und bei den Berichterstattungen auch weiterhin berücksichtigen.

Wir sind überzeugt, dass die Politik eine bürgerliche Partei mit sozialem Gewissen braucht, gerade in einer wunderschönen und lebenswerten Stadt wie Zürich. Wir werden dafür kämpfen, dass wir in vier Jahren den Einzug ins Parlament wieder schaffen und aus dieser Niederlage gestärkt hervorgehen.

In diesem Sinn verabschieden wir uns heute hier vom Gemeinderat und von vielen guten Freunden aus allen Parteien, interessanten Persönlichkeiten sowie spannenden Diskussions- und Gesprächspartnern. Herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit, nicht nur an die Ratsmitglieder, sondern speziell auch an die Parlamentsdienste. Wir wünschen euch alles Gute, bleibt sachlich und vor allem viel Spass an der politischen Arbeit.

Auf Wiedersehen spätestens in vier Jahren im Gemeinderat und hoffentlich vorher schon bei politischen oder apolitischen Anlässen.

3978. 2018/152

Verabschiedung der zurücktretenden und der nicht wiedergewählten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sowie des abtretenden Präsidenten des Gemeinderats

Ratspräsident Dr. Peter Küng (SP) würdigt die Amtstätigkeit der nachfolgenden Ratsmitglieder:

| Name, Partei | Wahlkreis | Eintritt | Jahre im GR | Austrittsgrund | Vorstösse |
|--|-----------|------------|-------------|-----------------------|-----------|
| 0–4 Jahre | | | | | |
| Widmer Johann (SVP) | 10 | 21.07.2017 | 1 | nicht wiedergewählt | 11 |
| Albrecht Patrick (FDP) | 11 | 01.05.2017 | 1 | nicht wiedergewählt | 4 |
| Bodmer Onorina (FDP) | 10 | 30.05.2015 | 3 | nicht wiedergewählt | 3 |
| Rudolf Reto (CVP) | 11 | 30.05.2015 | 3 | nicht wiedergewählt | 1 |
| Richter Derek (SVP) | 3 | 05.06.2015 | 3 | nicht wiedergewählt | 32 |
| Hirsiger Eva (Grüne) | 11 | 02.10.2014 | 4 | Wahl nicht angenommen | 9 |
| Vogelbacher Reto (CVP) | 12 | 02.10.2014 | 4 | nicht wiedergewählt | 6 |
| Luchsinger Christoph, Dr. (FDP) | 1 und 2 | 11.07.2014 | 4 | nicht wiedergewählt | 8 |
| Osbahr Thomas (SVP) | 9 | 07.05.2014 | 4 | nicht wiedergewählt | 5 |
| 5–8 Jahre | | | | | |
| Bertozzi Roberto (SVP) | 11 | 01.04.2013 | 5 | nicht wiedergewählt | 28 |
| Hungerbühler Markus (CVP) | 3 | 16.06.2011 | 7 | nicht wiedergewählt | 32 |
| Weyermann Karin (CVP) | 7 und 8 | 15.09.2011 | 7 | nicht wiedergewählt | 11 |
| Monn Thomas, Dr. (SVP) | 6 | 19.05.2010 | 8 | nicht mehr angetreten | 4 |
| 9–12 Jahre | | | | | |
| Regli Daniel, Dr. (SVP) | 11 | 25.06.2009 | 9 | nicht mehr angetreten | 91 |
| Küng Peter, Dr. (SP) | 4 und 5 | 15.11.2007 | 11 | nicht mehr angetreten | 23 |
| Hüssy Kurt (SVP) | 12 | 03.05.2006 | 12 | nicht mehr angetreten | 49 |
| Rykart Sutter Karin (Grüne) | 4 und 5 | 03.05.2006 | 12 | Wahl nicht angenommen | 36 |
| 13–16 Jahre | | | | | |
| Mariani Mario (CVP) | 9 | 08.07.2004 | 14 | nicht wiedergewählt | 60 |
| Baumer Michael (FDP) | 6 | 07.05.2003 | 15 | Wahl nicht angenommen | 57 |
| 17–20 Jahre | | | | | |
| Papageorgiou Kyriakos (SP) (06.10.1999 bis 02.05.2006 bereits GR) | 11 | 02.11.2006 | 19 | nicht wiedergewählt | 17* |
| Traber Christian (CVP) (31.08.1994 bis 05.04.1998 bereits GR) | 1 und 2 | 10.04.2002 | 20 | nicht wiedergewählt | 33* |

*ab 2002

Zum Abschluss seines Präsidialjahres hält der Ratspräsident Dr. Peter Küng (SP) folgende Ansprache.

Ratspräsident Dr. Peter Küng (SP): *Ich bedanke mich als Ratspräsident bei Ihnen allen für Ihre unermüdliche Arbeit für unsere Stadt, für die Menschen, die hier leben. Was richtig ist und was falsch, da gehen die Meinungen auseinander. Aber Sie alle setzen gegen eine eher bescheidene finanzielle Entschädigung ihre Zeit in den Dienst der Stadt. Familienzeit, Freizeit, viele auch potentielle Arbeitszeit, in der sie auf Lohn verzichten. Das ist bestimmt nicht einfach nur ein Opfer. Sie machen es freiwillig und sicher auch meist gerne. Aber die Gemeinderatsarbeit ist nicht immer einfach und nicht immer angenehm und jemand muss es machen. Dass wir in Zürich keine Mühe haben, unsere Wahllisten zu füllen mit Namen von Menschen, die bereit sind, dann auch ihre Verantwortung wahrzunehmen, ist heutzutage keine Selbstverständlichkeit. Sorge bereitet hat mir zweierlei: Einerseits die hohe Fluktuation. 43 Mitglieder haben den Rat während der Legislatur verlassen. Mit den 21 Abgängen heute, die ja nicht alle freiwillig sind, sind es 64. Das ist mehr als die Hälfte des Rats. Diese grosse Zahl ist alles andere als ideal. Gemeinderätin, Gemeinderat zu sein, hat viel mit Wissensaufbau und mit Kompetenzen zu tun. Wir haben die Aufsicht über den Stadtrat und die Oberaufsicht über die Verwaltung. Wir haben es – zum Glück – vielfach und vor allem mit ausgezeichneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu tun. Wir als Politikerin und Politiker müssen nicht gleichviel technisches Knowhow haben, aber wir sollten auf Augenhöhe diskutieren können. Dafür braucht es neben frischem Wind, der auch wichtig ist, langjährige Mitglieder, die das parlamentarische Wissen einerseits nutzen, es aber auch in ihren Fraktionen hoch halten können. Am Ende soll hier der Dank im Vordergrund stehen und keine Ermahnungen. Ermahnt habe ich viel, manchmal zu wenig oder auch schon gar nicht, wenn es nötig gewesen wäre, manchmal zugegebenermassen auch gar schnell. Ich habe mich stets bemüht, diesem Rat fair vorzustehen und niemanden besser oder schlechter zu behandeln. Auch keine Partei als Ganzes. Ob mir das gelungen ist, da gehen die Meinungen sicher auseinander. Anstatt einer Ermahnung in Bezug auf meine zweite Sorge formuliere ich eine Bitte: Halten Sie Sorge zueinander, auch wenn Sie mit Leidenschaft bei der Sache sind und es hoch zu und her geht, Sorge zum Rat als Ort der konstruktiven, gepflegten und fairen Auseinandersetzung. Traurig blicke ich darauf zurück, dass in dieser Legislatur, vor fünf Monaten, Dr. Mario Babini (parteilos) verstorben ist, der den ersten Teil der Legislatur mitgeprägt hat und den viele von uns als liebenswürdigen Menschen, als Kollegen und umtriebigen Gemeinderat vermissen. Ein besonderer Dank geht an die Fraktionspräsidenten und Fraktionspräsidentinnen der vergangenen vier Jahre: Diese arbeiten extrem viel. Ich denke, Fraktionspräsidentin oder Fraktionspräsident zu sein, ist zeitlich nicht viel weniger aufwändig als ein Ratspräsidium. Dazu kommt, dass die Aufgabe, eine Fraktion zu führen, sicher nicht einfacher ist als die Aufgabe, einen Rat zu führen. Vielleicht erinnern Sie sich dran, wenn Sie sich mit Gemeindeordnung und Geschäftsordnungsrevision beschäftigen, dass man sich diesbezüglich auch in der Entschädigungsverordnung Gedanken machen könnte. Das Fraktionspräsidium ist kein Parteiamt, sondern eine Funktion innerhalb des Gemeinderats. Wenn die Vizepräsidenten der Kommissionen ein 1.5-faches Sitzungsgeld erhalten, wäre eine ähnliche Regelung für die Fraktionspräsidenten und -präsidentinnen sicher nicht übertrieben. Ich erlaube mir diese Bemerkung, weil die Fraktionspräsidien von sich aus wohl nie mehr Geld einfordern würden. Verdient haben sie es alle – da die meisten von ihnen auch beruflich zurückstecken müssen, stärker als andere. Das ist vielleicht ein wenig operativ für eine Abschlussrede, aber maximal parteiübergreifend, daher werden Sie mir diese Bemerkung verzeihen. Danken möchte ich den Parlamentsdiensten und besonders dem Leiter Andreas Ammann und der Stellvertreterin Sabrina Baumgartner. Was wir hier an Unterstützung geniessen, ist herausragend. Für das Büro und für den Rat ist diese Unterstützung sehr wertvoll und wichtig, für die Präsidentin, den Präsidenten matchentscheidend. Meinen beiden Vizepräsidenten danke ich für die stets angenehme*

und wertschätzende Zusammenarbeit. Dieser Dank geht auch ans Büro: Wir haben effizient und konstruktiv und durchwegs wertschätzend zusammengearbeitet. Herzlichen Dank! Ein besonderer Dank geht auch an die Stadtpräsidentin und alle Mitglieder des Stadtrats sowie an die Stadtschreiberin für die positive und stets sehr angenehme Zusammenarbeit und für den unermüdlichen Einsatz von Ihnen allen für die Stadt Zürich. Mein Dank geht auch an die Ombudsfrau, Claudia Kaufmann, den Datenschützer, Marcel Studer und den Chef der Finanzkontrolle, Franco Magistris, für die Zusammenarbeit und Unterstützung bei Fragen von meiner Seite. Dank auch an unsere Rechtskonsulentin, Berryl Niedermann, die uns stets kompetent und innert kürzester Zeit berät und unterstützt. Ich bedanke mich bei den Weibern unter der Leitung von Daniel Honegger für die wichtige Unterstützung im vergangenen Jahr und der ganzen Legislatur. Dank gilt auch den Polizistinnen und Polizisten, die hier Mittwoch für Mittwoch um unsere Sicherheit besorgt sind. Ich habe viel Wertschätzung erlebt und Nachsicht, wenn ich mal einen Fehler gemacht habe. Danke auch hierfür. Es war ein spannendes Jahr. Ich habe es nie bereut, dass ich mich für dieses Amt zur Verfügung gestellt habe. Es war mir eine Ehre, dass ich Gemeinderatspräsident sein durfte. Noch bin ich es vier Wochen lang und geniesse noch den einen oder anderen Anlass. Ich wünsche meinem Nachfolger, Martin Bürki (FDP), ein gutes und erfolgreiches Jahr. Dem Gemeinderat wünsche ich für die neue Legislatur eine konstruktive und spannende Zusammenarbeit auch über die Parteigrenzen hinaus und Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen und allen Anwesenden, herzlich alles Gute.

STP Corine Mauch bedankt sich in einer Ansprache für das Engagement des abtretenden Ratspräsidenten und würdigt dessen Amtsführung.

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3980. 2018/159

Motion der FDP- und CVP-Fraktion vom 18.04.2018: Erarbeitung einer Strategie für ein «flexibles Einheitsschulhaus»

Von der FDP- und CVP-Fraktion ist am 18. April 2018 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, eine Strategie „flexibles Einheitsschulhaus“ zu erarbeiten, welche die folgenden Ziele erreicht:

- Die Planungs- und Bauzeit eines Schulhauses wird auf durchschnittlich fünf Jahre reduziert
- Die Kosten eines Schulhausbaus werden gegenüber heute um rund einen Drittel reduziert

Begründung:

Zurzeit fehlen in der Stadt Zürich rund 20 Schulhäuser. Es ist alles andere als ideal, diese durch modulare Schulcontainer zu ersetzen. Die prognostizierten Bevölkerungszahlen für Zürich bis 2030 zeigen, dass wir bis dann ca. 10 weitere Schulhäuser benötigen werden. Es diesem Grund braucht es nun eine „Beschleunigungsstrategie“. In kürzerer Zeit mehr Schulhäuser zu bauen, bedeutet aber auch grosse Investitionen. Deshalb sollen modulare Standardschulhäuser (ohne Architekturwettbewerb) zu deutlich tieferen Kosten als heute gebaut werden.

Mitteilung an den Stadtrat

3981. 2018/160

Postulat von Dr. Jean-Daniel Strub (SP) und Andreas Kirstein (AL) vom 18.04.2018:

Gewährleistung der Einhaltung von Art. 1 des Redaktionsstatuts des Tagblatts der Stadt Zürich betreffend der inhaltlichen Ausrichtung der Wochenzeitung

Von Dr. Jean-Daniel Strub (SP) und Andreas Kirstein (AL) ist am 18. April 2018 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie gewährleistet werden kann, dass Artikel 1 des Redaktionsstatuts des Tagblatts der Stadt Zürich jederzeit eingehalten wird. Sollte dieser Artikel verletzt werden, ist der bis 31.12.2022 geltende Vertrag der Stadt Zürich mit der Tagblatt der Stadt Zürich AG vom 7. März 2017 umgehend unter Berufung auf Ziffer 9 (S. 10) des Vertrags zu kündigen. Unter Berufung auf die gleiche Ziffer soll der Vertrag umgehend gekündigt werden, falls die neue Eigentümerschaft der Tagblatt der Stadt Zürich AG grossflächige Entlassungen auf der Redaktion der Zeitung plant oder eine vermehrte, die Einhaltung der Vorgaben des Redaktionsstatuts bezüglich Sachlichkeit und Neutralität gefährdende redaktionelle Zusammenarbeit mit anderen Gratiszeitungen in der Stadt Zürich vorangetrieben wird.

Begründung:

Erst am 7. März 2017 hat die Stadt Zürich mit der Tagblatt der Stadt Zürich AG, die damals zu 65% der Tamedia AG und zu 35% der Lokalinfo AG gehört hatte, einen auf fünf Jahre fix geltenden Vertrag abgeschlossen, der unter anderem die Übertragung des Titelrechts «Städtisches Amtsblatt» regelt (vgl. Antworten auf und Beilagen zur Dringlichen Schriftlichen Anfrage 2018/112). Am 18. April 2018 wurde nun der erwartete Wechsel der Eigentümerschaft der Tagblatt der Stadt Zürich AG publik: Sie wird sich künftig zu 100% in den Händen der Zeitungshaus AG befinden. Die Eigentümerschaft der Zeitung, die umsonst an alle Haushalte der Stadt Zürich geliefert wird, vom Titelrecht profitiert und einen mit hoher Reputation versehenen Titel trägt, verfolgt eindeutige politische Ziele. Umso dringlicher ist es, dass die involvierten städtischen Stellen auf die Einhaltung des Redaktionsstatuts und dabei namentlich von Artikel 1 pochen. Sollte diese Einhaltung nicht gewährleistet werden können, sollten politisch motivierte Entlassungen geplant sein oder eine verstärkte redaktionelle Zusammenarbeit mit den Zeitungen der Lokalinfo AG ins Auge gefasst werden, würde dies einer erheblichen Veränderung der Ausgangslage entsprechen, unter der dieser Vertrag abgeschlossen wurde und eine sofortige Kündigung desselben unter Verweis auf Ziffer 9 des Vertrags notwendig machen.

Mitteilung an den Stadtrat

3982. 2018/161

**Postulat von Elena Marti (Grüne) und Anjushka Früh (SP) vom 18.04.2018:
Bereitstellung einer Ersatzliegenschaft für das Projekt «Dosendealer/Verein Farben für Zürich»**

Von Elena Marti (Grüne) und Anjushka Früh (SP) ist am 18. April 2018 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob und wie für das Projekt „Dosendealer / Verein Farben für Zürich“ eine passende Ersatzliegenschaft bereitgestellt werden kann.

Begründung:

Dass Streetart gerade bei jungen Menschen einen hohen Stellenwert hat widerspiegelt sich in der Nutzung des Angebots vom Verein Farben für Zürich mit dem Projekt „Dosendealer“. Die Spraykunst übt eine grosse Faszination auf viele Menschen aus. Da aber vor allem das illegale Spraysen im öffentlichen Raum bekannt ist, wagen sich viele nicht an die Spraydose. Mit dem Projekt „Dosendealer“ haben es die Initianten geschafft, sich als erste Anlaufstelle für Graffiti zu etablieren und so begrüssen Sie regelmässig Schulklassen oder Jugendgruppen.

Die Initianten des Projektes „Dosendealer“ haben auf dem Stierli-Areal in Zürich Seebach eine Halle aufgebaut, wo man auf 530 m² Wandfläche ohne Risiko und unter besten Bedingungen seinem Hobby nachgehen kann. Junge Kunstschafter werden bei ihrem Tun und ihrer Entwicklung aktiv unterstützt. Dieses Projekt ist weltweit einzigartig. Eine weisse Galerie bildet einen Kontrast, regelmässig werden dort Werke von verschiedenen regionalen, nationalen oder internationalen KünstlerInnen ausgestellt. Ausserdem werden 6 Atelierräume für junge KünstlerInnen angeboten.

Durch regelmässige Veranstaltungen hat sich die „Dosendealer-Halle“ zu einem Kunst- und Kulturtreffpunkt etabliert. Gäste aus aller Welt wurden bereits willkommen geheissen und so der Austausch zwischen internationalen und regionalen KünstlerInnen gefördert.

Nun gibt es aber neue Pläne für das Stierli-Areal in Seebach, die Real Estate AG plant teilweise den Abriss des alten Industriegebäudes und möchte ein Zollfreilager für Kunst schaffen. Wird der Umbau in Angriff genommen wird es keinen Platz mehr geben für das innovative Spray-Projekt und somit auch keinen Platz mehr für legales Spraying. Dies wäre ein ungemeiner Verlust für die Kunst & Graffiti-Szene und somit auch ein Verlust für das kulturelle Leben in der Stadt.

Die Stadt profitiert von diesem Projekt und soll eine passende Ersatzliegenschaft anbieten. Damit die SprayerInnen ihr künstlerisches Schaffen weiterhin im legalen Rahmen nachgehen und dabei auch unterstützt werden können.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion und die zwei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

3983. 2018/162

Schriftliche Anfrage von Elisabeth Schoch (FDP) und Guy Krayenbühl (GLP) vom 18.04.2018:

Wohnungssituation für ältere Menschen in der Stadt, Einschätzung der Nachfragesteigerung und mögliche Hilfestellungen der Beratungsstelle «Wohnen im Alter» sowie Wartefristen und Wartelisten für städtische Alterswohnung und Kriterien für deren Vergabe

Von Elisabeth Schoch (FDP) und Guy Krayenbühl (GLP) ist am 18. April 2018 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Der Wohnungsmarkt in der Stadt Zürich ist nach wie vor sehr angespannt. Besonders für nicht privilegierte Personen ist die Situation sehr schwierig. Zu diesen nicht privilegierten Personen gehören zunehmend ältere Menschen. Diese haben meist den grössten Teil ihres Lebens in der Stadt Zürich verbracht, werden dann aber aufgrund eines Umbaus, einer Sanierung oder einer anderen Veränderung der Lebenssituation nochmals gezwungen, ein neues Zuhause zu finden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Kann in der Beratungsstelle „Wohnen im Alter“ eine solche Nachfrage-Steigerung festgestellt werden? Wie viele Fälle von „Wohnungsnot“ sind jährlich zu verzeichnen?
2. Ist in den letzten Jahren eine Häufung von „Wohnungsnot“ zu verzeichnen? Wenn ja, worauf ist dies zurück zu führen?
3. Welche Lösungen kann die städtische Beratungsstelle anbieten? In wie fern werden auch private und gemeinnützige Institutionen berücksichtigt?
4. Wie viele städtische Alterswohnungen stehen zur Verfügung? Gibt es auch ausserhalb der Stiftung für Alterswohnen Alterswohnungen der Stadt Zürich?
5. Gibt es Wartefristen resp. Wartelisten? Wenn ja:
 - a. Wie viele Personen sind auf dieser Liste?
 - b. Wie lange sind die Wartefristen?
 - c. Gibt es eine regelmässige Kommunikation mit den Personen auf der Warteliste? Gibt es Absagen, wenn jemand nicht den Kriterien entspricht (z.B. Lohn, Vermögen)
 - d. Welches ist das Durchschnittsalter der Personen auf der Warteliste?
 - e. Gibt es eine Verpflichtung der Personen auf der Warteliste, dass sie innerhalb der nächsten X Monate einziehen müssen, wenn ein Angebot da ist oder gibt es viele Personen, die sozusagen „auf Vorrat“ mal angemeldet sind? (analog früherer Warteliste bei den Alters- und Pflegezentren)
6. Welche Kriterien werden bei der Vergabe von Alterswohnungen angewendet?
7. In der Broschüre „Wohnen im Alter“ wird genannt, dass bei Mietbeginn „mindestens eine Person über 60 Jahre alt sein muss“. Wie wird dieses Kriterium angewendet? Ist das vor der demografischen Entwicklung noch adäquat?

8. Gibt es im Rahmen von Durchmischungsanforderungen Auflagen an subventionierte und städtische unterstützte Wohnbauträger, wie viele Alterswohnungen geschaffen werden müssen?

Mitteilung an den Stadtrat

3984. 2018/163

**Schriftliche Anfrage von Elisabeth Schoch (FDP) vom 18.04.2018:
Aufhebung von Parkplätzen als Folge von Baustellen im Kreis 5, Anzahl der aufgehobenen und wieder markierten Parkplätze sowie mögliche Massnahmen zur Eindämmung des Suchverkehrs und zur Unterstützung des Gewerbes**

Von Elisabeth Schoch (FDP) ist am 18. April 2018 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Seit einiger Zeit gibt es im Kreis 5 verschiedenste Baustellen und es wurden Parkplätze im grösseren Ausmass aufgehoben. Die Parkplatzsuche für Anwohner mit blauen Parkkarten gestaltet sich zunehmend schwierig und langwierig, da immer noch gleich viele Karten im Umlauf, jedoch für weniger blaue Parkplätze, sind. Zudem kann es nicht das Ziel sein, die Quartierbewohner durch den Suchverkehr zusätzlich zu belasten.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele blaue Parkplätze wurden im Kreis 5 in den letzten 12 Monaten aufgehoben, wie viele wurden wieder neu dem Quartier zugeführt? Bitte um Auflistung von blauen und weissen Parkplätzen.
2. Welche Massnahmen sind vorgesehen, um den Suchverkehr durch Bewohner mit blauer Parkkarte im Quartier (aktuell bis zu 40 Minuten) wieder auf ein erträgliches Niveau zu bringen? Dabei gilt es auch, den Suchverkehr wieder auf ein erträgliches Niveau zu bringen.
3. Welche Massnahmen wurden ergriffen, damit das Gewerbe unter den Baustellen nicht über Gebühr belastet wird?
4. Wäre es möglich, dass während der regen Bauzeit im Quartier, die blauen Parkkarten auch für die weissen Parkfelder gelten?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

3985. 2011/495

**Weisung vom 08.03.2017:
Motion von Hans Jörg Käppeli und Thomas Wyss betreffend Erarbeitung eines Konzeptentscheids für eine Tramlinie nach Affoltern unter hälftiger Beteiligung des ZVV, Antrag auf Fristerstreckung**

Der Stadtrat zieht die Weisung zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

3986. 2018/7

Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP) und Elisabeth Liebi (SVP) vom 10.01.2018:

Städtische Schulraumplanung, Hintergründe zur prognostizierten Zunahme der Schülerinnen und Schüler bis ins Jahr 2024 und zum errechneten Schulraumbedarf sowie zur Koordination der Planung mit den Finanzplafonds und dem Aufgaben- und Finanzplan (AFP)

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 269 vom 4. April 2018).

3987. 2018/10

Schriftliche Anfrage von Eduard Guggenheim (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 11.01.2018:

Ausrüstung der Dienstfahrzeuge der Stadtpolizei für Blaulichteinsätze, Möglichkeiten für eine Nachrüstung mit Head-up-Displays

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 266 vom 4. April 2018).

Nächste Sitzung: 16. Mai 2018, 16 Uhr.